# **Dritte Welt Literatur** Katalog 1985/86 1500 Titel, 40 Themen, Verlagsregister, 140 S.



Der neue Katalog umfaßt das vollständige deutschsprachige Programm des CON Literaturvertriebs:

Literatur aus und über Afrika, Asien, Nah-Mittelost, Lateinamerika, Pazifik, Ausländer/-innen in der BRD, Frauen, Entwicklungspolitik, Reisen, Theologie der Befreiung, Unterrichtsmaterialien usw.

. . . ein Nachschlagewerk über einen großen Teil verfügbarer "Dritte Welt" Literatur.

Neben seinem Gebrauchswert als Arbeitsmaterial für interessierte Einzelpersonen, Lehrer/-innen, außerschulische Bildungsarbeit etc. eignet sich der Katalog auch als Bestellunterlage zur Ausstattung von Büchertischen: Komitees / Initiativgruppen erhalten bei uns 25 % Rabatt.

Kataloge anfordern beim (gegen eine Schutzgebühr von 2,00 DM in Briefmarken)

CON Literaturvertrieb, Westerdeich 38, 28 Bremen

13. JAHRGANG DER

Berlin (West)

November 1985



### Aus dem Inhalt:

VERSCHULDUNG: Nichts Neues aus Seoul und Washington -NICARAGUA: Soziale Psychiatrie in Nicaragua — EL SALVADOR: Solidarität - Wie sieht die Zukunft aus? - PANAMA: Präsidentensturz - PERU: Regierungswechsel - CHILE: Symbolträchtiges Te Deum - MEXIKO: Erdbeben

### INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
<ul> <li>VERSCHULDUNG: Nichts Neues aus Seoul</li> </ul>	
und Washington	4
BRD: "Liberalismus ist generell gut"	9
- BRD - NICARAGUA: "Wie frei ist Nicaragua?"	12
NICARAGUA: Rückkehr zum Rio Coco	16
Soziale Psychiatrie in Nicaragua	26
- GUATEMALA: Guatemala vor den Wahlen (Teil II)	32
- PANAMA: Präsidentensturz, neueste Aufführung	39
<ul> <li>EL SALVADOR: El Salvador-Solidarität. Wie sieht</li> </ul>	
die Zukunft aus?	47
— CHILE: Ein wirklich symbolträchtiges Te Deum	55
- PERU: Der Tanz auf dem Vulkan - Peru nach dem	
Regierungswechsel	56
Die Flitterwochen sind zu Ende	62
MEXIKO: Erdbeben	70
- ZEITSCHRIFTENSCHAU	78
- EINGEGANGENE BÜCHER	79
- TERMINE	80

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN Jahrgang 13 der CHILE-NACHRICHTEN erscheint monatlich (mindestens 11 Nummern pro Jahr)

#### ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv V.i.S.d.P.: Christian Klemke Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß: 17. Oktober 1985

#### Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjahrweise berechnet, angefangene Jahre anteilsmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

als Spende verbuchen.

Adresse: LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN Im Mehringhof Gneisenaustr. 2 1000 Berlin 61 Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

#### **EIGENTUMSVORBEHALT**

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTREN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

### **Editorial**

Das Erdbeben in Mexiko ist überstanden, das politische Beben dagegen hält an. Die Betroffenen artikulieren ihren Unmut über die immer stärker werdende Unfähigkeit der Regierung, auf Krisensituationen adäquat zu reagieren. In den ersten zwei Wochen versuchte Miguel de la Madrid durch seine Rundgänge, seine Verbundenheit mit dem Volk und das Engagement der Regierung zur Bewältigung der Katastrophe zu demonstrieren. Als der Schmerz allmählich der Verbitterung und dem Unmut gewichen war, zogen die Menschen zur Wohnung des Präsidenten in den Chapultepec-Park, um ihm ihre Forderungen direkt zu präsentieren. Er war aber plötzlich nicht mehr erreichbar.

Als der Präsident in den ersten Tagen Volksnähe demonstrierte. glaubten viele, darin eine neue Dimension in der Politik zu sehen. Die großen Mängel der Regierung bei der Bewältigung der Katastrophe lassen jedoch die Zweifel an einer neuen politischen Qualität wachsen. Eine neue Qualität wird lediglich in den Diskussionen über den Umgang mit der Verschuldung und der erneut aufgeflammten Frage nach einer notwendigen Dezentralisierung offenbar.

Die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN haben in den zwölf Jahren ihrer Existenz stets versucht, den Staatsterrorismus der lateinamerikanischen Diktaturen anzuprangern. Der Tod von Günter Sare und das massive Vorgehen der Polizei bei den Demonstrationen der letzten Wochen deuten auch bei uns auf eine neuerliche Beschränkung der Demonstrationsfreiheit hin. Es stellt sich die Frage, ob damit die Zeiten der Massendemonstrationen wieder vorbei sind. Die neue Entwicklung ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die jeden Fingerzeig aufgreifen, der ihrer Meinung nach zur Entlarvung des "Schweinesystems" beiträgt. Die Methoden der Polizei sind in vielen Fällen alles andere als einem demokratischen Staat angemessen. Auch im Westen bieten Demokratien keine Garantien für Recht. Israel bombadiert in Tunesien, die USA zwingen gewaltsam ein ägyptisches Flugzeug zur Landung und bestreiten die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag für Völkerrechtsverletzungen, um auf diese Weise einer Verurteilung im Zusammenhang mit der Klage Nicaraguas zu entgehen. In Argentinien, wo gerade versucht wird, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen, äußerte sich der Staatsanwalt Julio Strassera in seinem Plädoyer gegen die chemaligen Junta-Mitglieder über deren verbrecherische Methoden wie folgt: "Wenn bei der Bekämpfung von terroristischen Organisationen der Staat sich dieselben verbrecherischen Methoden aneignet, dann stehen wir vor einem anderen Terrorismus: dem Staatsterrorismus. Das Schlechte, das der Staat angeblich bekämpfen will, vermehrt er in sich selbst."

# **VERSCHULDUNG**

# Nichts Neues aus Seoul und Washington

Im Vorfeld der Jahresversammlung der Finanzminister und Notenbankchefs in Seoul vom 3.-11. Oktober dieses Jahres waren drastische Töne aus Lateinamerika zu hören. So hatte der neue peruanische Präsident Alán García Ende September vor der UN-Vollversammlung in New York mit dem Austritt seines Landes aus dem internationalen Währungssystem gedroht, falls dieses nicht in "fairer Weise" reformiert würde. Eigenmächtig hatte die peruanische Kegierung den Umfang der Zinszahlungen für die internationalen Kredite auf 10% der Exporteinnahmen beschränkt. Ähnliche Stimmen wurden auch aus anderen Ländern des Subkontinents – vor allem aus Brasilien – laut, die bis zum Hals im Schuldenberg stecken und denen der Internationale Währungsfond (IWF) als Interessensvertreter der kreditgebenden Staaten und Privatbanken immer engere Schlingen um denselben legt.

Nicht allein der Umstand, daß die diesjährige Konferenz mit den sie begleitenden Tagungen von IWF und Weltbank im ebenfalls hochverschuldeten Südkorea stattfand, machte es erforderlich, die internationale Verschuldungskrise zum zentralen Thema des Treffens zu machen, schließlich gehören die meisten der in IWF und Weltbank organisierten Staaten zu den Schuldnerländern der südlichen Halbkugel. Bezeichnend für die realen Machtverhältnisse in diesen internationalen Finanzinstitutionen ist die Tatsache, daß die kapitalistischen Industriestaaten, die weniger als ein Sechstel der Mitgliedsländer ausmachen, immerhin über 61% der Stimmen verfügen, von denen allein etwa 20% auf die USA entfallen. Damit wird offenkundig, daß der IWF zweifellos eine Schutzmacht und ein Gendarm der Kapitalkreise in den reichen Industriestaaten zur Sicherung und Durchsetzung ihrer Interessen ist, ein "Trojanisches Pferd des Kapitalismus", wie ihn der tansanische Präsident Julius Nyerere charakterisiert hat. Es ist daher auch nicht übertrieben, daß die Entwicklungsländer ihre Finanzhoheit und ihre Entscheidungsmöglichkeiten in ökonomischen und damit auch in politischen Fragen verloren haben. So spricht man in Chile z.B. heute von der zweiten "Entnationalisierung" des Kupfers, da die Zinszahlungen dieses südamerikanischen Landes an das internationale Bankwesen die Gewinne aus dem Kupferexport, dem allerwichtigsten Ausfuhrprodukt, auffressen und mehr als die Hälfte der gesamten Deviseneinkünfte wieder aus dem Land herausziehen.

Insgesamt ist ein riesiger Kapitalstrom aus den Entwicklungsländern in die reichen Industrieländer zu beobachten, insbesondere in

die USA, die mit ihrem hohen Dollarkurs und ihren entsprechenden Zinssätzen einen ungeheuren Kapitalsog zur Finanzierung ihres horrenden Haushaltsdefizits aufrechterhalten; schließlich erfordern die rasante Aufrüstungspolitik und in jüngster Zeit gerade das großangelegte SDI-Programm der Reagan-Administration jede Menge Geld. Daß unsere nordamerikanischen "Freunde" auf Kosten anderer Länder (einschließlich Westeuropas) leben, ist nichts Neues, doch daß die "Restwelt" nun ihre eigene Vernichtung – anders wird man des "weltweiten Kommunismus" der Reagan-Propaganda langfristig wohl nicht Herr werden – auch noch selbst finanzieren soll, zeigt die ganze Perversität der US-Politik.

### DIE HALBE WAHRHEIT VON DER KAPITALFLUCHT

Wenn Bundesfinanzminister Stoltenberg und seine Kollegen die Kapitalflucht aus den sog. Dritt-Welt-Ländern anprangern, greifen sie ein sicherlich ernst zu nehmendes Problem auf, das ein wahrer Teufelskreis ist - Stoltenberg selbst beziffert die Kapitalflucht aus einigen Ländern mit 80-100% der hineinfließenden Kredite. Und die Teilnehmer an der Weltwährungskonferenz sind ja schließlich genau die richtigen Ansprechpartner für eine solche Kritik (ob die versammelten Regierungs- und Bankenvertreter allerdings die Interessen der Bevölkerungsmehrheiten in ihren Ländern repräsentieren, muß wohl bezweifelt werden). Doch wenn der Bundesfinanzminister eine wesentliche Ursache der Kapitalflucht auf wirtschaftlich und politisch unsichere Verhältnisse (was nicht unbedingt dasselbe sein muß, wie uns das chilenische Beispiel ebenfalls lehrt) in den Entwicklungsländern zurückführt, übersieht er geflissentlich jenen Kapitalsog in die Zentren der US-amerikanischen Finanzwelt; erst ein überhöhter Zinssatz macht es ja attraktiv, sein Geld woanders anzulegen. Auf jeden Fall hat dies den für die führenden Industrienationen sehr vorteilhaften Effekt, daß ein nicht unerheblicher Anteil des in die Entwicklungsländer fließenden bzw. vergebenen Kapitals postwendend zurückkommt und auf der nördlichen Halbkugel gewinnbringend investiert wird.

Was Stoltenberg verschweigt, sind die Belastungen der armen Nationen durch ungeheure Summen, die für Zinszahlungen aufgebracht werden müssen. Allein aus Lateinamerika flossen im vergangenen Jahr 40 Mrd. Dollar in die Machtzentren der westlichen Welt. Um diese Summe aufbringen zu können, muß in den Entwicklungsländern ein harter Restriktionskurs gefahren werden: Da Devisen außer über neue Kredite nur durch Handelsbilanzüberschüsse zu erwirtschaften sind, müssen die Importe und damit die Inlandsnachfrage gedrosselt werden, was über entsprechende Preise bei gleichzeitiger Senkung der Realeinkommen (im Extremfall durch eine höhere Arbeitslosenrate) geschieht. Leidtragende sind, wie immer, die ärmeren Bevölkerungsschichten, die sich schon seit geraumer Zeit gar nicht mehr den Gürtel leisten können, den sie enger schnallen sollen, wenn es nach Meinung der Reichen dieser Welt geht.

Schuld an dieser Misere ist jedoch nicht allein die Finanzaristokratie Nordamerikas, Westeuropas oder Japans. Eine entscheidende Rolle hat auch die herrschende Klasse in den Entwicklungsländern selber gespielt, die unmittelbar nach der formalen Unabhängigkeit der einzelnen Staaten von den Kolonialmächten (die Übereinstimmung mit den führenden Nationen unserer Zeit ist keineswegs zufällig, auch wenn sich die Schwerpunkte verlagert haben) deren Rolle übernommen und die Ausbeutung fortgesetzt haben. Die Kredite, die heute auf der sog. Dritten Welt lasten, sind ja nicht von den einfachen Bauern oder Arbeitern aufgenommen worden, sondern von den Herrschenden, die sie meistens im eigenen Interesse eingesetzt haben, insbesondere nur im unproduktiven Militärbereich. Wenn es aber an die Zins- oder gar Rückzahlung dieser Kredite geht, werden die Belastungen sozialisiert. So setzte die streng monetaristische Pinochet-Regierung in Chile durch die ständig erforderlichen Interventionen in den inländischen Banken regelrecht eine Verstaatlichung des Finanzwesens durch; Ironie des Schicksals oder Zwangsläufigkeit in einem abhängigen Land?

# REZEPT: AUFSCHWUNG DURCH KONSOLIDIERUNG

Immer wieder verlangten die reichen Herren aus dem Norden auf der Weltwährungskonferenz in Seoul von den armen Ländern dieser Erde neben der Äbschaffung von hinderlichen und feindlichen Vorschriften für ausländische Anleger (Bundesentwicklungsminister Warnke) eine Konsolidierung der jeweiligen Volkswirtschaft anzustreben und den freien Warenaustausch zu gewährleisten . Gleichzeitig aber betreiben die kapitalistischen Länder, allen voran natürlich die Vereinigten Staaten, die ja nach bester Friedman'scher Theorie von den Entwicklungsländern immer wieder die volle Öffnung gegenüber dem Weltmarkt fordern, eine protektionistische Politik, die es diesen Ländern immer schwerer macht, einen Handelsbilanzüberschuß zu erzielen. Diese Zwickmühle zwischen einem zunehmend schlechter zu erschließenden internationalen Markt und den wachsenden Schwierigkeiten bei der Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Restriktionen zwingt die verschuldeten Länder dazu, ihre Zahlungsunfähigkeit mit allen für sie fatalen Folgen zu erklären (bisher hat dies Bolivien als einziges Land getan) oder eben, sich an die Weltöffentlichkeit zu wenden wie Alan Garcia oder der brasilianische Präsident José Sarney, der klarstellte, sein Land werde die Schulden "weder mit Arbeitslosigkeit noch mit Hunger bezahlen". Gerade die jungen lateinamerikanischen Demokratien bzw. die Staaten, die mal eine werden wollen, sehen ihre politische Zukunft durch den Schuldenberg bedroht: um die Anforderungen des IWF zu erfüllen, müssen sie wieder ganz ähnlich durchgreifen wie seinerzeit die Diktaturen, die ja eigentlich überwunden sein sollten. Besonders deutlich hat sich dieser Konflikt in den letzten Wochen in Argentinien gezeigt, wo die harte Restriktionspolitik der Regierung Alfonsin auf erbitterten Widerstand von Seiten der Gewerkschaften gestoßen ist.

Wie gedenken nun die Gläubigerstaaten und -banken sowie ihre internationalen Institutionen mit der Verschuldungskrise umzugehen? Wer von der Konferenz in Seoul entscheidende Impulse erwartet hatte - schließlich hatte sich US-Finanzminister James A. Baker lange Zeit bedeckt gehalten und gezielt Indiskretionen in Umlauf gesetzt, um die Stimmung unter den Teilnehmern auszuloten -, sah sich allerdings enttäuscht. Konkretes Ergebnis der Konferenz ist die Bereitstellung von 7 Mrd. DM, die in den Trust Fond zurückgeflossen waren und von deren erneuter Ausschüttung ohnehin auszugehen war; die erhoffte und angedeutete Verdoppelung dieses Kredit-Topfes wurde dagegen nicht vereinbart. Was Baker als großen "Knüller" verkaufen wollte, entpuppte sich als eine Reihe von allgemeinen und unvermeidlichen Forderungen. Zuerst müssen sich die Schuldnerländer auf eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschafts- und Strukturpolitik einlassen, um über Wachstum und ausgeglichenen Außenhandel die Inflationsrate zu senken (wie sich Herr Baker in Ländern mit so großem sozialen und ökonomischen Ungleichgewicht eine Marktwirtschaft vorstellt, die ja auf "gesunder" Konkurrenz beruhen soll, erklärt er nicht). Der IWF soll weiterhin kurzfristige Kredite zur Verfügung stellen; daneben soll die Weltbank verstärkt günstige langfristige Darlehen anbieten. Dazu braucht sie allerdings Geld, das auch aus den USA kommen muß, die damit ihren Haushalt noch weiter belasten würden, was zum einen innenpolitisch nur sehr schwer durchsetzbar sein wird und zum anderen die nordamerikanischen Forderungen nach wirtschaftlicher, d.h. auch Haushaltskonsolidierung in den Entwicklungsländern ad absurdum führt. Drittens verlangt Baker - obwohl ja gerade seine Regierung mit ihrem überzogenen Haushaltsdefizit dafür sorgt, daß das verfügbare Kreditvolumen so enorm zurückgegangen ist - von den Privatbanken, wieder in größerem Umfang Kredite in unterentwickelte Länder zu vergeben. Dies stieß z.B. bei den deutschen Großbanken keineswegs auf Gegenliebe, man ließe sich schließlich nichts vorschreiben. Entsprechende Außerungen des Vorsitzenden der Deutschen Bank stellen die Pläne des US-Finanzministers ernsthaft in Frage, denn die Macht der transnationalen Banker über die Regierungen einzelner Staaten einschließlich der der USA ist heute nicht mehr zu leugnen.

### SOZIALISIERUNG DER INTERNATIONALEN KREDITE?

Völlig unerwähnt ließ Baker aber die Tatsache, daß erst ein nennenswerter Abbau des US-Haushaltsdefizits zu einer Korrektur des außer Fugen geratenen Weltwirtschaftsgefüges führen wird, wie Bundesbankpräsident Pöhl zu verstehen gab. Die lapidare Zusage, Washington werde das Budget-Defizit bis 1991 ausgeglichen haben, ist zu unrealistisch, als daß sie die nordamerikanischen Vorschläge zur Lösung des Verschuldungsproblems überzeugender machen würde.

Die überragende Verantwortung der Vereinigten Staaten für die Lösung der internationalen Finanzkrise zeigt sich nicht zuletzt an-

gelegentlich von Abwertungen des Dollars: ein nur geringfügiges Nachgeben der US-Währung bedeutet für die Entwicklungsländer eine ansonsten wirtschaftlich kaum zu erreichende Realtilgung der Darlehen. Der IWF nutzt diese wechselkursbedingten Entlastungen seiner Klienten geschickt aus und führt derartige Schuldenerlasse bilanztechnisch als neu vergebene Kredite. Diese neue Politik der Währungsinstitution gegenüber den verschuldeten Staaten zeigte sich zuerst bei den Umschuldungsverhandlungen mit dem Land, das in der Disziplin der Pro-Kopf-Verschuldung den Weltrekord hält: Chile mußte insgesamt 1,085 Mrd. Dollar refinanziert bekommen, 650 Mio. stellt der IWF zur Verfügung und jeweils 150 Mio. die Weltbank und Privatbanken; den fehlenden Betrag hat das Land durch die jüngsten Dollar-Abwertungen "gewonnen".

Insgesamt läßt sich außer dem nun endlich auch in der nordamerikanischen Finanzwelt größer werdenden Problembewußtsein in Bezug auf die Verschuldung in der "Dritten Welt" kaum etwas Neues in den Ergebnissen der Konferenz von Seoul erkennen. Das Schuldenproblem bleibt ungelöst, eine Lösung zeichnet sich auch gar nicht ab, denn sie führt letztendlich an einem weitgehenden Schuldenerlaß nicht vorbei. Diese Erkenntnis macht das Vorhaben erklärlich, die Weltbank verstärkt in die Bresche springen zu lassen (deren Präsident ist übrigens in Seoul zurückgetreten und wird vermutlich durch den strengen Monetaristen Völcker ersetzt werden, womit die US-Regierung zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen würde, sie wäre nämlich selber den sogar ihr zu orthodoxen Chicago-Boy los und hätte gleichzeitig für eine strenger monetaristische Weltbankpolitik gesorgt). Vieles deutet darauf hin, daß die ganzen faktisch uneinbringbaren Kredite, dem Beispiel der Entwicklungsländer folgend, sozialisiert werden sollen. Und das trifft letztendlich uns alle.

# **BRD**

# "Liberalismus ist generell gut"

### GALLIGES AUS AKTUELLEM ANLASS

"Was ihr den Geist der Zeiten neußt, das ist im Grund der Herren eigner Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln." (Goethe: Faust I)

Private Direktinvestitionen in der "Dritten Welt" sind wieder in. Von der Weltbank bis Warnke propagieren die Berufsentwickler allenthalben das weltweite Engagement von Privatunternehmen der kapitalistischen Industrieländer zur Förderung des Wachstums auch in den Entwicklungsländern: Da die Großbanken bei der weiteren Kreditvergabe so lustlos sind, müssen neben den zu steigernden Exporten der Schuldnerländer eben Direktinvestitionen deren Devisenlücke stopfen. Das Ganze wird als Entwicklungspolitik verkauft und ist doch nur eine Politik zur Entwicklung der Zahlungsfähigkeit; man rechnet solche Kapitalströme auf die Entwicklungshilfe an, und es ist doch vorrangig eine Hilfe, daß sie wenigstens ihre Zinsen an "uns" zurückzahlen können.

Die Zweifel daran, daß Direktinvestitionen in jeder Hinsicht Segnungen mit sich bringen (Kapital, Arbeitsplätze, Produktionssteigerungen, Technologie, Ausbildung usw.), war Anfang der siebziger Jahre bis in die Veröffentlichungen der UNO gedrungen. Es war die Rede vom "Wachstum ohne Entwicklung" durch Transnationale Konzerne, Zerstörung lokaler Ökonomien, wachsende Abhängigkeit, hohe Gewinnabflüsse, Verzerrungen der Nachfrage- und Beschäftigungsstrukturen und vieles mehr. In vielen lateinamerikanischen Ländern wurden Maßnahmen ergriffen, um die negativen Auswirkungen von Direktinvestitionen zu mindern: die ausländischen Anteile an Investitionen wurden begrenzt, die Zulassung von Direktinvestitionen wurde selektiv gehandhabt, es wurden Kontrollmechanismen entwickelt, um den Gewinntransfer zu begrenzen etc.

Angesichts des Aufschwungs der Direktinvestitionen im entwicklungspolitischen Zeitgeist hat man für solche Hemmnisse des freien Investitionsflusses aber gar kein Verständnis mehr. Bedenken gegen mögliche negative Folgen der Direktinvestitionen sind out. Investitionen um des Wachstums willen sind das ein und alles.

Unter solchen Vorzeichen wird "Entwicklungspolitik" auch wieder interessant. Jedes Bundesland, das etwas auf sich hält, beweist Weltgewandtheit und macht in Sachen "Dritte Welt", natürlich in Zuständigkeit des Wirtschaftsressorts. Und so manche schöne Reise mag da ja auch anfallen.

Im Rahmen der Kampagne des Berliner Senats, diese Stadt zum Zentrum für alles mögliche zu erklären (Messen, Kultur, Wissenschaft, Technik), um - "wir sind wieder da!" - das städtische Selbstbewußtsein zu stärken und das Image "nach draußen" zu verbessern, hat man auch die Entwicklungspolitik entdeckt. Anknüpfend an die Vielzahl von Bundesinstitutionen, die die Stadt beherbergt (DED, DSE, DIE etc.), hat man zunächst die "Angebote aus Berlin" gesammelt und von den einschlägigen staatlichen Institutionen über die Gesellschaft für Erdkunde, die Filmförderung und das Ingenieurbüro bis hin zur "Grünen Woche" 148 Entwicklungszusammenarbeiter registriert. (Tja, neben Innensenator Lummers "Internationale Verwaltungszusammenarbeit" sind auch die LN drin!) Doch damit nicht genug, gilt es doch, diese Kooperation energisch in die Wege zu leiten.

"Entwicklung durch partnerschaftliche Kooperation" hieß ein einwöchiges Symposium, in dem auf Initiative der Industrieund Handelskammer und der Auslandshandelskammern Unternehmer und Funktionäre aus Mexiko, Guatemala, Venezuela und Ecuador mit Vertretern der Berliner Wirtschaft zusammengebracht werden sollten.

Nun ja, das Ziel war natürlich, die Unternehmer für ein investives "Engagement" in den werbenden Ländern zu begeistern. Da konnte mensch natürlich kaum erwarten, daß das verteilte Material zu den vier Ländern etwa Hintergrundinformationen enthielt. Im Fall Guatemalas erfährt der investitionswillige Unternehmer immerhin, daß dort "politische Wirren" dem Tourismus ärgerlicherweise schaden. Woran sie auch immer liegen, und auch wenn unser Unternehmer nun doch lieber nicht im Tourismussektor investiert: Immerhin scheint die Regierung dieses Generals (wie hieß er doch?) tatkräftig die Infrastruktur auszubauen - und das ist ja nun wirklich wichtig für rentable Investitionen. Wichtiger jedenfalls als die Rolle, die diese Regierung ihrem Volk gegenüber spielt ("es ist der Staat selbst, der mordet", wie der SPD-Abgeordnete Duve sagte) und wichtiger als die sozio-ökonomischen und ökologischen Implikationen der Infrastrukturprojekte und ihre Rolle bei der Stützung der Macht und der Bereicherung der Generäle. Was die in trockenen Zahlen aufgeführte bundesdeutsche Entwicklungszusammenarbeit für die Lage im Land bedeutet ist ebenfalls wenig interessant. Bedenklicher erscheinen unserem Unternehmer da schon die - wie auch im Falle Mexi-

kos - vorsichtig angedeuteten Konflikte mit dem IWF. Der ist ja bekanntlich der Hüter einer rein sachorientierten Wirtschaftspolitik, und wenn unser Unternehmer liest, daß die Regierungen der beiden Länder ein bißchen über die Stränge der soliden Haushaltsführung schlagen, wird ihm das gar nicht schmecken. Da wird er sich schon mehr freuen, über Ecuador zu lesen, daß "der christlich-soziale Präsident des Landes überzeugter Anhänger der freien Marktwirtschaft und gegen jegliche Form staatlicher Intervention" ist. Auch auf der Podiumsdiskussion, die zum Thema stattfand, bemühten sich die Mitglieder der ecuadorianischen Delegation, ihr Land als Musterknaben hinzustellen: Die Investitionsbedingungen seien optimal, und auch die Schulden werden selbstverständlich bezahlt; an einen Anschluß an Politiken, wie sie die häßlichen Peruaner oder gar der böse Bärtige von der Zuckerinsel da propagieren, sei gar nicht zu denken.

Aber wie es den Musterknaben oft geht: So gut sie auch sind, sie sind nie gut genug. Aus den Tiefen der fünfziger Jahre stieg mit der Geisteshaltung und der Arroganz gegenüber den "armen Indianern" jener Zeit ein Ministerialdirektor des BMZ, der sich ausgerechnet den Musterknaben Ecuador vorknöpfte: Liberalismus war angesagt, der Staat muß raus aus dem Wirtschaftsgeschehen. Die ecuadorianische Prioritätenliste für ausländische Investitionen, nach der bis zu 90% ausländische Beteiligungen möglich sind, ist da schon Teufelswerk und wider die ewigen Regeln erfolgreicher Entwicklung. Der Staat soll eben nur die Rahmenbedingungen schaffen und einen "gesunden gewerblichen Mittelstand" fördern, denn dieser Politik – mensch beachte den erhobenen Zeigefinger – sind auch die Erfolge der BRD zu verdanken.

Der Herr Ministerialdirektor – im BMZ zuständig für Ziele und Planung der Entwicklungspolitik! – hat damit den Weg gewiesen: Wachstum ist Entwicklung, Fragen gesellschaftlich festgelegter Prioritäten, sozio-ökonomische Auswirkungen usw. sind irrelevant. Was interessieren uns Grundbedürfnisse und Selbstbestimmung ... Hoch der internationale Kapitalverkehr!

Unser Unternehmer hat es wohl mit Freuden gehört: Mit seiner profitorientierten Investition tut er nur Gutes. Das heißt: er hätte es mit Freuden gehört, wenn er dagewesen wäre. Die "Berliner Wirtschaft" – laut dem Senatsdirektor für Wirtschaft "zur Kooperation bereit" – glänzte jedoch durch Abwesenheit. Manchmal braucht der Zeitgeist eben etwas länger, bis er die Massen ergriffen hat ...

# **BRD - NICARAGUA**

# "Wie frei ist Nicaragua?"

### DOKUMENTATION UND ANMERKUNGEN ZU ZWEI VERANSTALTUNGEN

Von zwei Veranstaltungen ist zu berichten, die mit dem offiziellen Verhältnis der BRD zu Nicaragua zu tun haben. Eine war im September, und eine wird am 29.0ktober stattfinden.

Fangen wir mit der an, die in der Zukunft liegt. Denn vielleicht kann man sie wenigstens noch ein bißchen beeinflussen!?! In schwarz und rot gehalten, flatterte verschiedenen Zeitungsund Rundfunkredaktionen vor einigen Tagen eine Einladung der CDU auf den Tisch. Wir drucken sie hier im vollen Wortlaut ab, weil wir der Meinung sind, Daß LN-Leser ein Recht darauf haben, die Bemühungen dieser großen Vokspartei um Demokratie, Selbstbestimmung (innerer und äußerer) und Frieden in Mittelamerika kennenzulernen. Nur die organisatorischen Hinweise sind leicht gekürzt:

EINLADUNG ZUM NICARAGUA - REPORT Wie frei ist Nicaragua? Dienstag, 29.0ktober 1985, 9.30 Uhr Konrad-Adenauer-Haus, Großer Saal Bonn, Freidrich-Ebert-Allee 73-75 Eingang: Union-Säle CDU sicher - Sozial - frei

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands unterstützt die Völker Mittelamerikas in ihrem Streben nach Demokratie und nach innerer und äußerer Selbstbestimmung. Wir sind der Überzeugung, daß nur eine demokratische Ordnung die notwendigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen bewirken kann. Demokratie und die Achtung der Menschenrechte sind entscheidende Voraussetzungen für den Abbau der inneren und äußeren Spannungen in dieser

Deshalb verfolgen wir mit großer Sorge die Entwicklung in Nicaragua, wo sich das sandinistische Regime immer weiter von Freiheit und Pluralismus entfernt. Gegenwärtig verstärken sich die Anzeichen, daß in Nicaraqua die Grund- und Freiheitsrechte mißachtet werden und daß Unterdrückung und Verfolgung herrschen. Auch in Nicaragua - wie überall auf der Welt - stehen wir auf der Seite der Unterdrückten. der politisch Verfolgten und derer, die sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Für den "NICARAGUA REPORT" hat die CDU Vertreter der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen aus Nicaragua eingeladen, die über die Entwicklung in diesem Land berichten werden. In ihrem Heimatland können sie das Recht auf freie Meinungsäußerung und offene Kritik am sandinistischen Regime nicht wahrnehmen. Die CDU schafft daher mit dieser Veranstaltung ein internationales Forum, auf dem Sie sich über die wahre Lage in Nicaraqua informieren können.

Zum "Nicaragua-keport" lade ich Sie herzlich ein.

gez.: Dr. Heiner Geißler MdB Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

DIENSTAG, 29. Oktober 1985

9.30 Uhr Eröffnung

> Dr. Heiner Geißler MdB Generalsekretär der

Christlich Demokratischen Union

Deutschlands

9.45 Uhr Freiheit und Demokratie für Nicaragua

Dr. Heiner Geißler MdB

10.30 Uhr Der Krisenherd Mittelamerika -

Herausforderung für alle Demokraten

Dr. Aristides Calvani, Venezuela

Generalsekretär der

Organisation der Christlich

Demokratischen Parteien Lateinamericas (ODCA)

Unterdrückung von Freiheit und Menschenrechten

in Nicaragua/ Gefahren für die Region -

Betroffene klagen an

11.15 Uhr Verletzung der Grundrechte

José Esteban Gonzales, Brüssel

Gründer der Ständigen Menschenrechtskommission

Nicaraguas (CPDH)

11.45 Uhr Verfolgung der Kirche

Roberto Cardenal, Nicaragua

Mitglied des Herausgeberrates von "La Prensa"

12.15 Uhr Unterdrückung freier politischer und

gewerkschaftlicher Betätigung

Agustîn Jarquin Anaya, Nicaragua

Vorsitzender des Partido Social Cristiano

12.45 Uhr Unterdrückung der Pressefreiheit Pablo Antonio Cuadra, Nicaragua

"La Prensa"

Bedrohung der Nachbarländer 13.15 Uhr

Dr. Bernd Niehaus, Costa Rica

ehemaliger Außenminister

Mittagspause 13.45 Uhr

Befragung der Betroffenen 14.30 Uhr

durch internationale Menschenrechtsund Mittelamerika-Experten unter späterer

Einbeziehung des Publikums

Experten:

Christoph Böhr

Bundesvorsitzender der Jungen Union

Christoph Brand

Bundesvorsitzender des RCDS

Azucena Ferreira, Nicaragua

Dr. Rafael Grillo, Costa Rica

stellvertretender Präsident der ODCA

Horst Langes MdEP

André Louis

CDI-Sekretariat Brüssel

ein Vertreter von amnesty international (angefragt)

ein Vertreter der Internationalen Liga

für Menschenrechte

Moderation:

Dr. Thomas Jansen Generalsekretär der

Europäischen Volkspartei

El Salvador -17.30 Uhr

Beispiel für eine positive Entwicklung

Dr. José Morales Ehrlich, El Salvador

Generalsekretär des Partido Democrata Cristiano

Zusammenfassung 18.15 Uhr

Dr. Heiner Geißler MdB

Generalsekretär der

Christlich DEmokratischen Union

Deutschlands

ORGANISATORISCHE HINWEISE

24. Oktober 1985. Zur Anmeldung bitte Anmeldeschluß:

beigefügte Rückantwortkarte benutzen.

Tagungsbeitrag: wird nicht erhoben

Tagungsouro:

Das ragungsbüro befindet sich im unteren

Fover des Konrad-Adenauer-Hauses...

Das Tagungsbüro ist am Dienstag. dem 29. Oktober 1985, ab 8.00 Uhr

bis Tagungsende geöffnet.

Verkehrshinweise: ....

Wortmeldungen:

Wortmeldungen sind dem Tagungsleiter zu

übergeben. Entsprechende Vordrucke

erhalten Sie im Tagungsbüro.

Tagungsleiter:

Wilhelm Staudacher

Dr. Wolf-Dieter Karl

Organisationsleiter: Karl Schumacher

Pressebetreuung: Jürgen Merschmeier

Telefon-Nr. des

Kongresses:

54 45 06

(Anmerkung der Redaktion: Kommt massenhaft!

Wie frei diskutiert die CDU?)

Die zweite Veranstaltung fand am 19. September 1985 im Gästehaus des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz statt. das zu einer Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz von Nicaragua, Bischof Antonio Vega, eingeladen hatte. Damit wäre der Bericht eigentlich schon zu Ende, denn außer einem ständigen Grinsen gab der Herr Bischof - selbst auf präzise formulierte Fragen einiger gut informierter Kollegen - keinerlei erwähnenswerte Antwort. Beispiel: ein Kollege vom SFB fragte, wie denn die Nicaraguanische Bischofskonferenz auf ein Solidaritätstelegramm des Kardinals von Sao Paolo, Evaristo Arns, an den fastenden Außenminister Nicaraguas, Pater Miguel D'Escoto, reagiert habe. Antwort: a) zehn Minuten über die lateinamerikanische Kirchengeschichte seit Kolumbus, b) - auf Nachfrage - das wisse er nicht, denn er sei zu diesem Zeitpunkt gar nicht in Nicaragua gewesen. Das Thema war übrigens: die Lage der Kirche in Nicaragua.

# **NICARAGUA**

## Rückkehr zum Rio Coco

"Verhandlungsbereitschaft bei den Miskitos nimmt zu" (30.8.); "Vor einem neuen Krieg an Nicaraguas Atlantik-küste?"(13.9.); "Sandinisten bewaffnen ehemalige Gegner" (11.10.); dies sind einige der widersprüchlichen und verwirrenden Schlagzeilen, die uns die berliner "taz" zum Thema Atlantikküste während der letzten drei Monate um die Ohren (oder besser um die Augen) geschlagen hat.

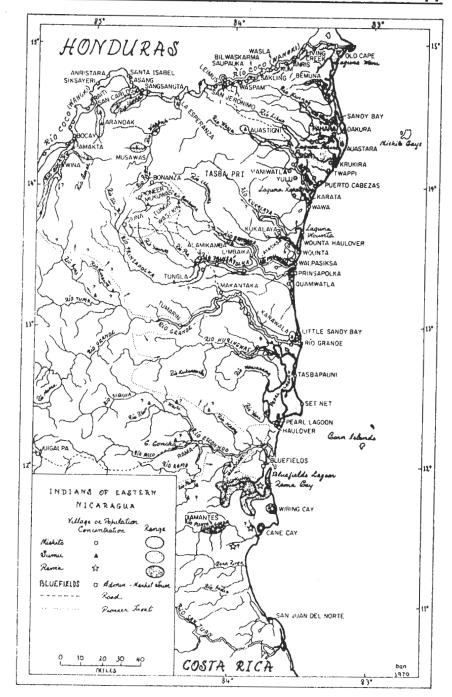
Der Verfasser der folgenden Zeilen hat das Rennen mit der rasanten Dynamik der Realentwicklung aufgenommen und — im Schweiße seines Angesichts und mit hängender Zunge - versucht, die wichtigsten Ereignisse der vergangenen Mohate zusammenzufassen.

### VERHANDLUNGEN

Der im Dezember 1984 aufgenommene Verhandlungsprozeß zwischen dem Führer der Miskito-Guerilla MISURASATA und der sandinistischen Regierung ist bei zwei weiteren Treffen am 24. und 25.3.85 in Bogotá bzw. vom 20.-22.4. in Mexico-Stadt fortgestzt worden.Dabei kam es im April neben einer Einigung über die Fortsetzung der Gespräche zu einer ersten Übereinkunft, die u.a. folgende Punkte beinhaltete:

- die Freilassung aller noch wegen "konterrevolutionärer Aktivitäten" inhaftierter Indigenas (,was dann am 28.4. im Beisein einer MISURASATA-Delegation auch geschah);
- die beidseitige Einstellung "offensiver bewaffneter Aktionen", um die Wiederaufnahme der medizinischen und Nahrungsmittelversorgung durch die Regierung sowie der Subsistenzaktivitäten durch die Bewohner in den von den bewaffneten Auseinandersetzungen betroffenen Dorfgemeinschaften zu ermöglichen.

Gleichzeitig wurde aber festgestellt,daß in den grundlegenden Fragen (Landbesitz, Autonomie, Nutzung der Naturessourcen, völliger Waffenstillstand etc.) keine Einigung



erzielt worden sei. (1)

Die Hoffnungen auf einen positiven Fortgang des Dialogs erfüllten sich jedoch nicht. Die 4. Gesprächsrunde zwischen MISURASATA-Chef Brooklyn Rivera und Luis Carrión, dem Vertreter der nicaraguanischen Regierung, endete am 26.5. in Bogotá mit dem (vorläufigen) Abbruch der Verhandlungen.

Während von Regierungsseite an MISURASATA die Aufforderung erging, die Waffen niederzulegen und sich an der Diskussion über ein Autonomiestatut (s.u.) zu beteiligen, erhob Armstrong Wiggins für die Indianer-Guerilla die Forderung nach dem Abzug der sandinistischen Armee aus den Stammesgebieten der Indianer. Ferner verlangte er die Vermittlung des Weltrats der Ureinwohner und des Interamerikanischen Menschenrechtsausschusses für eine Fortsetzung der Verhandlungen. Die sandinistische Regierung lehnte dies mit der Begründung ab, es handele sich bei dem Konflikt um ein rein nicaraguanisches Problem. (2)

### RÜCKKEHR ZUM RIO COCO

Am 29.5.85 gab Daniel Ortega, Präsident Nicaraguas, eine überraschende Entscheidung bekannt: Die 33 aufgrund der bewaffneten Auseinandersetzungen im Jahre 1982 zwangsumgesiedelten Gemeinden (über 9000 Personen) könnten nun nach und nach in ihre Heimatdörfer am Rio Coco zurückkehren.

Die ersten, die von dieser Entscheidung profitieren, sollen die ehemaligen Einwohner von Waspan – dem früher wichtigsten Handelsknotenpunkt am Rio Coco – und Francia Sirpe sein, wie Innenminister Tomas Borge in einer Rede in Puerto Cabezas am selben Tag erläuterte. Bald sollen dann auch die anderen Gemeinden von ihren umgesiedelten Bewohnern wieder aufgebaut werden dürfen. In den letzten zwei Monaten seien bereits über 2000 Miskitos mit Hilfe staatlicher Institutionen in ihre Ursprungsdörfer zurückgekehrt. (3)

Diese Entscheidung überraschte umsomehr, als erst Ende April der als "Hardliner" in der Indianerfrage bekannte Borge den zur "flexibleren" Richtung innerhalb der FSLN zählenden Luis Carrión als Verantwortlichen für die Atlantikküste und Vorsitzenden der Nationalen Autonomie-Kommission abgelöst hatte, was eine Verhärtung der Positionen befürchten ließ.

Hintergrund der Regierungsentscheidung sind sicherlich die seit Ende April laufenden geheimen Verhandlungen zwischen Sandinisten und einzelnen gesprächsbereiten Kommandanten der MISURA,insbesondere mit Eduardo Pantin,der seit Beginn des Jahres den überbefehl über die MISURA-Front in Nicaragua hatte. Diese Gespräche führten dann am 17. Mai zum Abschluß eines vorläufigen Waffenstillstands, der trotz des plötzlichen Todes Pantins Mitte Juni weiterhin in Kraft ist. (Während die sandinistische Miskito-Führerin Hazel Lau, die als ehemaliges Führungsmitglied der MISURASATA auch noch nach dem Bruch zwischen der Indianerorganisation und der Regierung im Jahre 1981 im Lande verblieben war und weiterhin auf Dialog setzte, Pantins Tod auf einen Schießunfall zurückführt, hält T. Borge eine Ermordung durch Gefolgsleute Steadman Fagoths für wahrscheinlich.) (4)

Daß die alten Schematisierungen, in einerseits MISURA = "Contra" und andererseits MISURASATA = eine Organisation, mit der die Sandinisten verhandeln, so pauschal nicht (mehr) zutreffen, deutete sich schon im Dezember 1984 an, als es zu ersten koordinierten Akticnen von aus MISURA- und MISURASATA-Einheiten zusammengesetzten Truppen gekommen war. (5)



Die Hälfte der MISURA-Rebellen ist jünger als 16 Jahre.

Auf der anderen Seite vermied L.Carrión bei seiner Rede auf der Generalversammlung der pro-sandinistischen Miskito-Organisation MISATAN Ende Januar 1985 die Bezeichnung "Contras" für die Kämpfer der MISURA und MISURASATA. Und in einem Kommuniqué der Regierung vom 29.5. heißt es entgegen allen früheren Aussagen, die Regierung sei jederzeit bereit, nicht nur mit B.Rivera und seiner Organisation sondern auch "mit jeder anderen Indianergruppe, die in Waffenstillstandsgespräche eintreten und die Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung der Gemeinden sichern wolle" über Frieden und Autonomie zu verhandeln. (6)

Als neue Sprachregelung für die Mitglieder der verbotenen militärischen Miskito-Organisationen hat sich seitens der sandinistischen Funktionäre mittlerweile die Bezeichnung "bewaffnete Aufständische" etabliert. Angehörige dieser Gruppen, die immer wieder in Puerto Cabezas auftauchen, werden nicht behelligt. (7)

Und mehr noch: Wie die "taz" am 11.10. meldete,haben 15 Gemeinden im nördlichen Zelaya (Atlantikküste),die unter Kontrolle der MISURA stehen,bereits einen Friedensvertrag mit der Regierung in Managua unterzeichnet,so der Oberkommandierende der sandinistischen Armee,Antenor Rosales.Die Armee versorge jetzt diese Rebellengruppen mit Waffen und anderen militärischen Gütern,damit diese sich gegen Angriffe anderer Rebellenverbände und insbesondere auch der FDN (vom CIA gelenkte Contra-Organisation),die seit kurzem in der Region operiert,verteidigen können.

 $\begin{tabular}{ll} Mit einem Satz: Die militärische Lage wird zunehmend un- \\ """ bersichtlicher. \\ \end{tabular}$ 

Die Entscheidung eine Rückkehr der 1982 umgesiedelten Miskito und Sumu in ihre Heimatgemeinden zu gestatten, wirft jedoch nicht nur militärische und Sicherheitsprobleme auf (wie etwa den Verlust der "Feuer-frei-Zone", die Einschränkung der Aktionen der sandinistischen Armee, die größere Mobilität, die der "Contra" dadurch ermöglicht wird oder die Sicherheit prosandinistischer Miskito in diesen Dörfern).

Darüberhinaus entstehen immense ökonomische Probleme. Einerseits wird man die im Umsiedlungskomplex Tasba Pri investierten Mittel weitgehend als verloren betrachten müssen,andererseits verursacht die Rücksiedlung selbst enorme Kosten.Die "neuen alten" Gemeinden sollen für die ersten 10 Monate (bis zur ersten Ernte) von der Regierung u.a. mit Nahrungsmitteln versorgt werden; geschätzte Kosten: 300 Mio. Cordobas. (8)

Auf eine weitere Schwierigkeit weist Alain Pringent in der nicaraguanischen Zeitschrift "Pensamiento Propio" Nr.25, Aug. 85 hin: "...die gesamte lokale Ökonomie am Fluß - Kommerzialisierung und Verteilung der grundlegenden Produkte, Organisation der Produktion - ist seit dem Rückzug der Gemeinden nach Tasoa Pri völlig zerrüttet. Es besteht die große Gefahr, daß sich das Wirtschaftsleben und der Handel intensivieren, aber nicht in Richtung Nicaragua sondern nach Honduras. Denn die indianische Auffassung der Grenze ... entspricht nicht dem internationalen Recht. Auf beiden Seiten der Grenze leben Miskito." (S.42)

Dies ist die Folge einer Entscheidung des internationalen Gerichtshofes in Den Haag, der 1960 eine Grenzstreitigkeit zwischen Honduras und Nicaragua schlichtete, indem er den Rio Coco als Grenze zwischen beiden Staaten festlegte, ohne Rücksicht darauf, daß diese Grenze mitten durch das Siedlungsgebiet der Miskito verläuft.

### KISAN - VEREINIGUNG DER INDIANER-GUERILLAS?

KISAN, "Indianische Einheit der Atlantikküste Nicaraguas" ("Kos Indianka Aslasa Nicaraguarra"), so heißt eine neue Organisation der Miskito-Rebellen, die auf der "Einheits-konferenz" oppositioneller Indianerorganisationen ("Asla" = Einheit), die vom 31.8. - 3.9.85 im hondurenischen Miskito-Dorf Rus-Rus stattfand, gebildet wurde.

Die 895 Teilnehmer dieser Konferenz beschlossen mit org-

Die 895 Teilnehmer dieser Konferenz beschlossen mit großer Mehrheit: - die Schaffung einer neuen Einheitsfront (KISAN):

- die Auflösung von MISURA und MISURASATA:
- die Fortsetzung des Krieges gegen die Sandinisten:

- den Ausbau der Beziehungen zur FDN und die baldige Integration der neuen Organisation in die UNO (vor drei Monaten gebildete "Contra"-Front, "Union Nicaraguense Opositora"). (9)

Von einer Einheit der antisandinistischen Miskitos kann indessen keine Rede sein,eher von einem Versuch,das angekratzte Image der MISURA aufzupolieren und v.a. Zugang zu den vom US-Kongreß bewilligten 27 Mio. Dollar "humanitäre Hilfe" für die "Contra" zu bekommen.Der Zusammenschluß der Miskito-Rebellen und ihr Beitritt zur UNO sind nämlich Bedingungen für eine Unterstützung durch die USA, wie man MISURA-Führer Wycliffe Diego bei einem Besuch in Washington im August zu verstehen gegeben hatte. (10)

Vorangegangen war der "Asla"-Konferenz ein auf Vermittlung der mährischen Kirche zustandegekommenes Treffen



In Tasha Pri (Mai 1982).

der Führer von MISURA, MISURASATA und MISURASATA-SICC (11) in Miami. Während Fagoth auf eine Allianz zur Stärkung der antisandinistischen Front abzielte, sollte nach Ansicht Riveras eine Vereinigung aller oppositionellen politischen und militärischen Organisationen der Atlantikküste Nicaraguas den Indigenas in Verhandlungen mehr Gewicht verleihen.

Zwar wurde am 13.8. vom Stammesrat der MISURA die Verhaftung Fagoths angeordnet,nachdem dieser anfang August erfolglos gegen die MISURA-Führung geputscht hatte (12), aber dennoch wurde beim "Asla"-Treffen Verhandlungen eine klare Absage erteilt.

Wie wenig repräsentativ die "Vereinigungs-Konferenz" indes war,zeigt schon die Tatsache,daß von den knapp 900 Delegierten nur der kleinste Teil aus Nicaragua kam und Vertreter aus von der MISURASATA beeinflußten Gebieten so gut wie nicht vertreten waren.Nur drei der 36 neubestimmten Führungsmitglieder sind denn auch Angehörige von MISURASATA.Diese gaben an,daß sie ihre Wahl lediglich als Privatpersonen und nicht als Vertreter ihrer Organisation akzeptieren würden.Einige Vertreter von Miskito-Gemeinden aus Nicaragua hätten die Konferenz aufgrund von Morddrohungen sogar vorzeitig verlassen müssen. (13)

"Es ist klar,daß es keine Vertretung gab,daß das Treffen manipuliert war und daß ein Zusammenschluß nicht erreicht wurde"; so MISURASATA-Vertreter Centuriano Knight (14). Rivera bezeichnete die Miskito-Allianz als "Schachzug fremder Interessen" und als Manöver der FDN zur Fortsetzung ihres Quasi-Monopols über die US-Hilfe. (15)

So stellt sich KISAN v.a. als Gruppierung jener Miskito dar, die Verhandlungen mit den Sandinisten grundsätzlich ablehnen, während Teile der MISURA und der Großteil von MISURASATA diese fortsetzen wollen. Brooklyn Rivera hat bereits die Wiederaufnahme der Gespräche für November in Aussicht gestellt. (16)

### AUTONOMIE-DISKUSSION

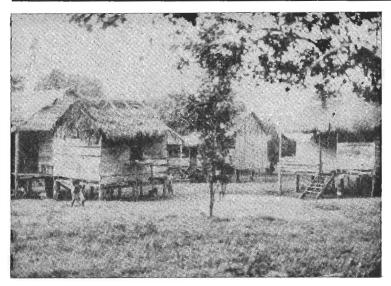
Am 5.12.1984 berief die nicaraguanische Regierung eine Kommission ein, welche die Ausarbeitung eines Autonomie-Statuts für die Atlantikregion in Angriff nehmen sollte (siehe: LN 133 und 137).

Zur gleichen Zeit wurden regionale Kommissionen gebildet (jeweils eine für die nördliche und südliche Atlantik-küste), die entsprechend der ethnischen Struktur in dem betreffenden Gebiet zusammengesetzt sind. Ihre Aufgabe bestand zunächst einmal darin, Vorarbeiten für einen ersten Entwurf des Autonomie-Statuts zu leisten, den die nationale Kommission dann Ende Juni vorlegte. Dieses "Basisdokument" wird seit August in den Gemeinden der Atlantikregion diskutiert. Ein besonderes Problem dabei ist die Einbeziehung der verstreut lebenden ländlichen Bevölkerung in diesen "Befragungsprozen" ("consulta"). Die Ergebnisse der "consulta" sollen in den endgültigen Entwurf des Autonomie-Statuts einfließen, der dann, nachdem er durch die Küstenbevölkerung gebilligt worden ist, der Nationalversammlung zur Verabschiedung vorgelegt wird. (17)

Ob das von den Sandinisten vorangetriebene Autonomie-Projekt einen wirksamen Beitrag zur Lösung des Regionalkonflikts leisten kann, wird aber entscheidend davon abhängen,
inwieweit die Einbeziehung der Bevölkerung und insbesondere auch der verhandlungsbereiten Mitglieder der oppositionellen Indianer-Organisationen in den Diskussionsprozeß gelingt.Brooklyn Rivera hat noch im August die Auflösung der nationalen Autonomiekommission gefordert und
das Projekt der nicaraguanischen Regierung als "von oben
aufgesetzt" abgelehnt. (18)

### ZENTRALE AUSSAGEN DES "BASISDOKUMENTS"

"Nicaragua es indivisible" - Nicaragua ist unteilbar, so



Miskito Dorf am Rio Coco

ist der Erstentwurf des Autonomiestatuts überschrieben. Die Einheit der Nation betont auch T.Borge, wenn er sagt, die autonomen Regionen werden "einen Raum innerhalb eines Raumes bilden aber nicht gegen den Raum der Nation."

Vorgesehen ist im "Basisdokument", die Atlantikküste (Zelaya) zur "autonomen Region" zu erklären. Entsprechend der seit 1982 vorgenommenen Regionalisierung in Nicaragua soll jeweils in Nord- und Südzelaya eine "autonome Regierung" geschaffen werden. Diese werden aus einer "Regionalversammlung", dem höchsten politischen Entscheidungsträger auf regionaler Ebene, deren Mitglieder direkt von den Einwohnern gewählt werden und einem regionalen Exekutivorgan bestehen.

Zu den Aufgaben dieser Regierungen wird u.a. gehören, sich an Entscheidungen auf nationaler Ebene zu beteiligen, die Einhaltung der Rechte der indigenen Völker und Gemeinschaften der Atlantikküste zu überwachen und die Funktionäre der in der Region tätigen Ministerien und staatlichen Institutionen zu bestimmen. Der Zentralregierung bleibt weiterhin die "Verteidigung der territorialen Integrität der nicaraguanischen Nation" vorbehalten. Dies soll jedoch zukünftig in enger Zusammenarbeit mit den Regionalregierungen erfolgen und die Beteiligung der Küstenbewohner an den Aufgaben der Landesverteidigung soll verstärkt werden.

Die Entscheidung über die Nutzung der Naturressourcen legt der Entwurf eindeutig in die Hände der Regionalregierungen. Diese werden jedoch indirekt auch an die Bedürfnisse der gesamten Nation gebunden: "Ein Teil der Erträge, die sich aus der Ausbeutung dieser Ressourcen ergeben, wird in die Region reinvestiert, so wie es die Küstenbewohner durch ihre eigenen Autoritäten bestimmen." (19)

Ebenso wie hinsichtlich der Landesverteidigung, sind auch in diesem Punkt zukünftig weitere Auseinandersetzungen zu erwarten.

### Anmerkungen:

- 1) vgl.: IWGIA Newsletter 42 (1985), S. 120-129
- 2) vgl.: Barricada Internacional 6.6.85; taz 30.5.85
- 3) vgl.: Barricada Internacional 6.6.85; taz 3.6.85
- 4) vgl.: ann weekly bulletin 24.-30.8.85; taz 3.6.85 und 30.8.85
- 5) vgl.: vql.: taz 19.1.85
- 6) taz 3.6.85
- 7) vgl.: taz 30.8.85
- 8) vgl.: Barricada Internacional 8.8.85
- 9) vgl.: Monitor-Dienst 9.9.85; taz 13.9.85
- 10) vol.: Monitor-Dienst 9.9.85
- 11) vgl.: taz 30.8.85

MISURASATA-SICC besteht aus einer im Januar auf Betreiben Eden Pastoras(der von Costa Rica aus mit seiner Gruppe gegen die Sandinisten kämpft) von MISURASATA abgespaltene Fraktion, die Verhandlungen mit der sandinistischen Regierung ablehnt, und der nicht-militärischen Organisation der Crecles (Afroamerikaner), "Southern Indigenous Creole Community"(SICC).

- 12) Fagoth war schon im Februar durch den Stammesrat vom Generalstabschef zum Mitglied der politischen Kommission degradiert worden,da sein autoritärer Führungsstil innerhalb der MISURA zu Meinungsverschiedenheiten geführt hatte. vgl.: Monitor-Dienst 16.8.;22.8.85
- 13) taz 13.9.85
- 14) Monitor-Dienst 9.9.85
- 15) Latin America Regional Report, Mexico&Central America 20.9.85
- 16) vgl.: taz 11.10.85
- 17) vgl.: Barricada Internacional 12.9.85; envio 3/85
- 18) vgl.: Monitor-Dienst 16.8.85; taz 14.9.85
- 19) "Basisdokument",Managua Juni 1985,S.38

# Soziale Psychiatrie in Nicaragua

Ein Leben mit der Fsychoanalyse auf der Seite der Unterdrücken"hieß die Veranstaltung die das FDCL in Kooperation mit anderen Gruppen durchgeführt hat. Dafür wurde Frau Dr. Marie Langer eingeladen.

Bevor ich die Frobleme der Anwendung der Psychoanalyse in einen lateinamerikanischen Land diskutiere, will ich kurz den Stand der Arbeit im medizinischen Bereich, wie ihn Marie Langer vorgetragen hat, darstellen.

### STAND DES PROJEKTS "SALUD MENTAL"

Mit einem Team von 12 Kollegen (Psychiater, Psychologen, Psychopädagogen) hat sie seit 1981 die Projektierung und Koordination der neuen "salud mental" (Sozialpsychiatrie) in Nicaragua übernommen.

Das Tsam, wie Marie Langer berichtete, arbeitet mit einem fortschrittlichen und kritischen "mental-health-Konzept", das von der psychoanalytischen Theorie und Ansätze der italienischen Reformpsychiatrie inspiriert wurde.

Ziel des neuen Psychiatrie-Konzepts ist eine integrale Medizin, die den Menschen als Einheit betrachtet. Die drei üblichen "Trennungen" sollen überwunden werden:

- Das Gegenüberstellen von Körper und Psyche beim Kranken,

- die Differenz von präventiver und klinischer Medizin in der Fraxis,

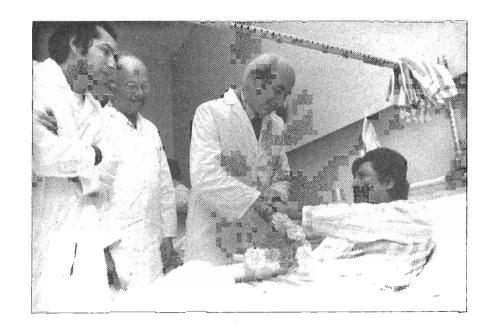
- der Gegensatz von Individuum und Gesellschaft.

In den zwei medizinischen Fakultäten Nicaraguas, im Unterricht (klinische Fächer) sowie in der Forschung und der Krankenbehandlung sollen die mental-health-Konzepte eingebaut werden. In der Ausbildung sollen angehende Ärzte und Hilfspersonal für Probleme der geistigen Hygiene sensibilisiert und ihr Wissen gefördert werden. So sollen die Studenten die Realität vom Beginn des Studiums an kennen lernen und auch verstehen, daß das Recht der Bevölkerung auf Gesundheit nicht wie bisher in ihrem Land als Ware gehandelt werden darf, sondern alles unbezahlt und selbstverständlich zur Verfügung steht. Außerdem werden sie viel von der Bevölkerung zu lernen haben.

Die Achse "Studium-Arbeit" soll dazu verhelfen, den Arzt zu schaffen, den das neue Nicaragua braucht.

Der ersten Jahrgang Studium und Arbeit ist auf die Arzt-Patientenbeziehung zentriert, im zweiten Jahr kümmern sich die Studenten um Schulkinder und Schulhygiene, im dritten um Ökologie, im vierten um die Betreuung chronischer Ambulatoriumspatienten und im fünften arbeiten sie auf dem Gebiet der Mutter-Kind-Beziehung. und der Hygiene.

Im ersten Jahrgang sind die Studenten dazu verpflichtet, die im Universitätsspital untergebrachten Patienten in Kontakt zu treten, sich mit ihnen über ihre Sorgen und Bedürfnisse zu unterhalten. Konzepte wie Regression, narzißtische Verletzung, Übertragung auf Arzt und Pflegepersonal sind dabei wesentliche Aspekte, erklärte Marie Langer. Für die Arbeit der Studenten des 4. Jahrganges mit den chronischen Patienten- Tuberkulose, Diabetes und Hochdruckkranke - haben die Professoren (das Team) Exzerpte der psychosomatischen Literatur zur Verfügung gestellt.



### KANN DIE PSYCHOANALYSE EINE EMANZIPATORISCHE FUNKTION HABEN?

Die Psychoanalyse faßt den Menschen auf als von Natur aus egoistisch und mit antisozialen Trieben ausgestattet. Unter diesen dominiert der Sexualtrieb. Kulturfähig wird der Mensch erst durch einen repressiven frühkindlichen Prozeß, in dessen Gefolge das Überich entsteht welches die (bürgerlichen) gesellschaftlichen Anforderungen gegen die eigentlichen Bedürfnisse des Individuums durchsetzt.

Kann die Psychoanalyse mit dieser beschränkten Auffassung des Menschen einen Beitrag zur Bewußtseinsentwicklung, Bewußtmachung (concientización) leisten? In wieweit kann die Psychoanalyse- die unter anderen Herrschaftsverhältnissen entwickelt wurde - den psychischen Problemen einer Gesellschaft wie Nicaragua gerecht werden?

Marie Langer sprach von "Katharsis", vom "Unbewußten", von "Frühkindlichen Konflikten" von "Eingefrorener Trauer", als wichtigen Konzepten, um die Probleme der Nicaraguaner zu erfassen. Sind solche Konzepte für die Nicaraguaner zugänglich? Meine Erfahrungen in einem mittelamerikanischen Land veranlassen mich, gerade solche Konzepte in Frage zu stellen. Ist nicht "Eingefrorene Trauer" letzlich das Ergebnis jahrelanger Unterdrückung, Ausbeutung und Verachtung des Menschen? Beinhaltet nicht das politische Handeln des Menschen die Möglichkeit die "Eingefrorenen Trauer" zu überwinden?

Besteht nicht die Gefahr, daß mit der Reduzierung von psychischen Problemen auf frühkindliche Erfahrungen, auf ungelebte Trauer die gemeinsamen Ziele zur weiteren Veränderung der Gesellschaft behindert werden? Besteht nicht die Gefahr, daß auf diese Weise real existierende Probleme (Kriegbedrohung) psychologisiert werden?

Wie Klaus Holzkamp schreibt: "Die gesellschaftlichen Widersprüche werden aber, gemäß dem spezifischen 'genetischen' Modell der Psychoanalyse lediglich als Randbedingungen fundamentaler Konflikte in der frühen Kindheit berücksichtigt und die Konfliktverarbeitung erscheint damit notwendig nur als eine Aufgabe des jeweils Einzelnen, der im Interesse seiner gegenwärtigen Lebensbewältigung die Folgen seiner frühkindlichen Konflikte verarbeiten muß".

Die Auseinandersetzung mit der Psychoanalyse hat auch in der italienischen keformpsychiatrie stattgefunden. Jervis und Mitarbeiter - Machfolger von Basaglia -greifen die biologistischen und mechanistischen Modelle der Psychoanalyse an in ihrer naturwissenschaftlichen Ausrichtung und in der kaum geleisteten Verbindung der familialistischen psychoanalytischen Perspektive zum gesellschaftlichen Rahmen (vgl. Jervis, 1975, S. 54 ff).

Ein Nicaraguaner, Dr. Santiago Sequeira, Psychiater in einer Abteilung der Psychiatrie in Managua berichtete in einem kürzlich stattgefundenem Interview: " 1973 ging ich nach Paris um die Psychoanalyse zu studieren; ich habe schon damals festgestellt, daß das nicht die Antwort war. Als ich nach Nicaragua zurückkam, habe ich angefangen die geistigen Krankheiten weniger als individuelle Erkrankungen sondern vielmehr als Antwort auf die soziale Umgebung zu sehen". Sequeira lehrt in sein Team, das extreme soziale Bedingungen seelische Erkrankungen nicht nur fördern sondern verursachen.

Marie Langer ihrerseits scheint eine widersprüchliche Beziehung zur Psychoanalyse zu haben. Sie sagte: "Psychoanalyse und Marxismus standen in meinem Leben immer in einem spannungsvollen Verhältnis". In einem Interview erklärte sie: "Die Fsychoanalyse war mir wichtig, aber das Studium der Psychoanalyse hat mich persönlich nicht sehr interessiert, ich war vom Politischen absorbiert". Zum Freudschen Werk sagte sie: "Ich las den ganzen Freud in meiner Freizeit – aber das alles hat so wenig mit dem Politischen zusammengepaßt. Es war schwer zusammenzubringen. Ich war Marxistin, ich konntmein marxistisches Geschichtsverständnis nicht eintauschen mit Totem und Tabu".

Mir persönlich fiel bei der Anhörung ihres Vortrages die Diskrepanz zwischen dem starken Engagement der Vortragenden und ihrer Verhaftung in der traditionellen Analyse und andererseits der Widerpruch zwischen ihrem teilweise progressiven Ausbildungskonzept und ihren konservativen theoretischen Grundlagen auf.

# THERAPIE - WAS NÜTZEN DIE DIAGNOSEN ?

Marie Langer schrieb: "Als Analytikerin stelle ich praktisch keine Diagnosen. Ich glaube, daß es absurd wäre, da alle ein bißchen von allem haben - wie soll man da eine Diagnose stellen? Wir sprechen von jemandem, der sich in einer 'akuten Situation' oder 'in einer Krise' befindet; darüber hinaus definieren wir ihn nicht".

Marie Langer sprach von Therapie als politischem Ziel, wo die Betroffenen mit Hilfe von Gruppen- oder Familientherapie mit psychoanalytischer Prägung wieder kampffähig werden. Kann eine solche Therapie diesen Ziel gerecht werden? Wäre es nicht Aufgabe eine sich als politisch Verstehenden Psychotherapie auf den dialektischen Zusammenhang von politischem Kampf und Bewußt sein hinzuweisen? Denn eben jene gesellschaftlichen Verhältnisse tragen ja ihre Widerprüche und deren Überwindung bereits in sich.

Sollte nicht ein neues "therapeutisches Konzept" davon ausgehen, daß die Überwindung psychischer Schwierig-keiten gleichbedeutend ist mit der Erweiterung der Kontrolle des Individuums über seine relevanten gesellschaftlichen Lebensbedingungen, wobei dies nicht durch den Einzelnen, sondern nur durch Teilhabe an bewußter gemeinsamer Bestimmung und Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse möglich ist?

Marie Langer ging nicht auf die Frage ein: In wieweit traditionelle Methoden, welche in Lateinamerika üblich sind, wie z.B. "Schamane", oder "Wunderheiler" für die derzeitige psychiatrische Versorgung in Nicaragua berücksichtig wurden. Das ist wiederum ein zentrale Frage, gerade in Nicaragua, wo - wie in vielen lateinamerikanischen Ländern - die magische Auffassung von psychischen Problemen historische Gründe hat.

Es wäre auch die Frage zu stellen: In wieweit sind überhaupt westliche Methoden (wie Psychoanalyse) die im Gegensatz zu den vorherrschenden kulturellen Werten stehen, effektiv einzusetzen? Wie kann man ohne Einbeziehung des traditionellen medizinischen und psychologischen Heilkundewissen eine neue psychiatrische Versorgung weiterentwickeln?

Das sind alles Fragen, die vor allem die Nicaraguaner und die Praxis der kommenden Psychiatrie in Lateiname-rika beantworten werden.

Quellen: Medico Internacional Rundbrief 2/85, "il manifesto" 30.10.1984, Noticias Aliadas, Septiembre 6. 1984, Forum Kritische Psychologie 13/84.

### ZU MARIE LANGER



in Wien geboren, studierte sie Medizin und begann ihre Ausbildung als Psychoanalytikerin.

1932 von einem Studiensemester in Deutschland nach Wien zurückgekehrt, schloß sie sich einer Grup-

pe linker Aktivisten an.
ging sie zu den Internationalen Brigaden in Spanien und arbeitete dort
als Ärztin. Nach dem Sieg
Francos emigrierte sie
über Uruguay nach Argentinien. Dort gründete sie
mit vier Kollegen die Argentinische Psychoanalytische Gesellschaft (APA).

1969 gründete sie mit Kollegen zusammen die argentinische "Plataforma", eine Gruppe von linken Psychologen, Psychiatern und Analytikern, die sich praktisch un theoretisch mit den aktuellen politischen Problemen auseinandersetzten. Bekannt wurde Marie Langer durch ihre Arbeit mit Unterschichtpatientienten, ihren Beitrag zur Gruppentherapie und ihr Interesse für Probleme der weblichen Sexualität.

1971 trat sie mit den anderen Gründern der "Plataforma" aus der Psychoanalytischen Vereinigung aus.
Dies hielt sie für erforderlich, weil die APA anstatt das revolutionäre Denken und die Frage nach
der Wahrheit zu fördern, diese zu verhindern suchte.

1975 mußte sie wie die meisten der andern Plataforma-Mitglieder ins Exil gehen. Marie Langer ging nach México. Dort arbeitet sie als Psychoanalytikerin und Dozentin.

1981 Arbeit bei dem Aufbau einer sozialen Psychiatrie in Nicaragua.

# **GUATEMALA**

# Guatemala vor den Wahlen (Teil II)

DIE PARTEIEN

Für die Mehrheit der Bevölkerung ist das Parteien-Panorama so gut wie bedeutungslos. Nicht weil die Menschen, die indianischen Ethnien zumal, 'unpolitisch' wären, wie immer glauben gemacht werden soll, sondern weil die herrschenden Parteien die Interessen und Bedürfnisse der Massen übergehen und die Kräfte der Opposition seit 30 Jahren fortgesetzter physicher Vernichtung ausgesetztsind. Es gibt nicht einmal politische Gefangene wie in allen anderen Ländern mit vergleichbaren sozialen Konflikten, sei es Chile, Südafrika, die Türkei oder selbst das benachbarte El Salvador.

Die politische Meinungs- und Willensbildung der Bevölkerung artikuliert sich daher durch andere Formen der sozialen Organisation, Gewerkschaften, Bauernvereinigungen, sozialen und beruflichen Interessenverbänden, christlichen Komitees und Selbsthilfegruppen oder durch die traditionellen Selbstverwaltungsstrukturen der indianischen Gemeinschaften.

Parteien hingegen sind außerhalb der Städte nahezu ohne Relevanz. Aufgrund der mangelhaften Kommunikationsstrukturen (80% Analphabetismus auf dem Lande, die Radioprogramme von den Militärs kontrolliert; die Landessprache Spanisch ist bei der indianischen Bevölkerungsmehrheit unüblich und infolgedessen unzureichend) ist die Wirkungsradius von Parteien ohnehin eng begrenzt.

Durch das Fehlen einer sozialen Basis, die ihren Absichten und Zielen die notwendige Durchsetzungskraft verleihen würde, sind die Parteien somit allein auf die Unterstützung durch die das Land beherrschenden Kräfte angewiesen:

- 1. den Oligarchien der Großgrundbesitzer (Kaffee, Baumwolle, Zucker, Fleisch, etc.), der Banken und Handelsgesellschaften, der Unternehmer und ausländischen Konzerne;
- 2. dem Militär und
- 3. der US-Diplomatie in Guatemala.

Diese Machtfaktoren stehen traditionsgemäß einem drin-

gend notwendigen strukturellen Reformprogramm im Wege. Entweder lehnen sie es unisono ab, oder sie blockiren sich gegenseitig, so daß

- eine Agrarreform, und sei sie noch so bescheiden wie in El Salvador,
- eine Finanz- und Steuerreform sowie
- eine Begrenzung der militärischen Macht auf die Funktionen der Landesverteidigung undurchführbar wird. Von daher wird verständlich, daß keine der zum Wahlkampf angetretenen Parteien über ein politisches Programm verfügt, das Lösungsvorschläge für die sozialen Konflikte und wirtschaftlichen Probleme aufzeigt.

Allen Parteien ist darüber hinaus klar, daß eine zukünftige Zivilregierung gezwungen sein wird, unter der Kontrolle des Militärs zu handeln, und daß sie die Korruption und Menschenrechtsverbrechen der vorangegangenen Militäradministrationen nicht zur Rechenschaft ziehen kann, so daß dem sozialen Unfrieden und der Rechtsunsicherheit nichts entgegengesetzt wird.

Statt dessen erschöpft sich die Dynamik der Parteien in opportunistischem Agieren, in der ständigen Suche nach mehr Erfolg versprechenden Koalitionspartnern. Nicht die öffentliche Diskussion politischer Zielsetzungen versorgt die Nachrichtenmedien des Landes, sondern die Meldungen fortwährend neuer Koalitionsabsprachen, -brüche und -neubildungen.

Wo politische Programme fehlen, treten darum Spekulationen in den Vordergrund, welche Partei aus welchen Kreisen der Wirtschaft, des Militärapparats (UCN) und der US-Diplomatie (DCG) Rückenstärkung und finanzielle Unterstützung erhält.

Was nun die 'Tendenz' einer Partei ausmacht, läßt sich aufgrund dessen lediglich anhand der politischen Vorgeschichte des oder der Protagonisten festmachen. Zur Wahl stehen ohnehin nur dieselben politischen Gruppierungen wie seit 15 oder 20 Jahren: Ultrarechte und Rechte sowie ein rechtes und linkes Zentrum.

### DIE ULTRARECHTE

Zu ihrem Spektrum zählen gegenwärtig etwa neun Parteien, an deren Spitze das MOVIMIENTO DE LIBERACION NACIONAL-MLN-steht. Schlechthin die Partei der ultrakonservativen Großgrundbesitzer. Hervorgegangen aus der Nationalen Demokratischen Bewegung -MDN-, die 1954 die vom CIA geführte Söldnerinvasion des Putschisten Castillo Armas stützte, bildete sie seitdem drei Militärregie-

rungen. Chef der MLN ist Mario Sandoval Alarcón, ein fanatischer Antikommunist, dem der traurige Ruhm zufällt, in El Salvador und Guatemala wesentlich zum Aufbau der Todesschwadronen beigetragen zu haben. Sandoval Alarcón gebietet über eine Privatarmee von ca. 3.000 Mann. – In Koalition mit der CAN wurde das Bündnis drittstärkste Kraft in der Wahl von 1984.

Die <u>Central Auténtica Nacionalista</u> - CAN - bildete sich aus führenden Kreisen der traditionellen Wirtschaft und Militärs um Carlos Arana Osorio, im Volk aufgrund seiner Massaker 'der Schlächter von Zacapa' genannt, Präsident von 1970-74. Berüchtigt geworden durch maßlose Bereicherung während seiner Amtszeit.

Ebenfalls durch Bereicherung in Verruf, insbesondere während der Regierung des Generals Lucas (1978-82), kam der <u>Partido Institucional Democratico</u> - PID -, eine Partei ehemaliger und amtierender Staatsfunktionäre. Ihr damaliger Generalsekretär und Innenminister, Donaldo Alvarez Ruiz, verantwortlich für Mord, Entführung und Folter tausender politischer Opfer, mußte mit dem Militärputsch Rios Montts (1982) aufgrund der Korruption ins Exil nach Miami ausweichen. In seinem Privatwohnsitz fand man ein Geheimgefängnis mit Foltereinrichtungen.

### RECHTES ZENTRUM

Die größten Aussichten, mit Vinicio Cerezo den künftigen Präsidenten zu stellen, besitzt die <u>Christdemokratische Partei</u> - DCG -. Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung im Juli 84 erzielte sie die Stimmenmehrheit. Ihre Linie läßt sich Danilo Barillas zufolge, dem früheren Parteiprogrammatiker (jetzt FCD-5, einer Splitterpartei), folgendermaßen charakterisieren: 'Angesichts der faktischen Macht der Militärs in Guatemala sind demokratische Wege verschlossen. Um dennoch Reformen (keine strukturellen!) möglich zu machen, ist daher eine Zusammenarbeit mit dem Militärapparat unumgänglich.'

Folgerichtig stellte die DCG für die Präsidentschaftswahl 1974 einen Kandidaten auf, der acht Jahre später durch seine bisher in Ausmaß und Brutalität unübertroffene Massakerpolitik gegenüber der indianischen Hochlandbevölkerung berühmt wurde: General Rios Montt.

In der darauffolgenden Präsidentschaftswahl 1978 stellte die Partei General Ricardo Peralta Mendez als Kandidaten auf, in Guatemala erster Theoretiker der Widerstandsbekämpfung.

Bei den Gemeindewahlen 1980 waren sich Christdemokraten nicht zu schade, örtliche Bündnisse mit ultrakonservativen Parteien wie MLN und PID einzugehen.

Trotz dieser opportunistischen Haltung gegenüber dem Militärstaat und der faschistoiden Rechten - ihr Programm lautete 'konstruktive Opposition' - verschonte die Repression die reformerischen Kräfte der Parteibasis nicht. Seit 1979 wurden ca. 400 ihrer Mitglieder ermordet, und Vizepräsidentschaftskandidat Roberto Carpio Nicolle, Präsident der Verfassunggebenden Versammlung entkam erst am 28.4.85 einem Anschlag auf sein Leben. Zwei Wochen zuvor waren 4 lokale Parteiführer in der Provinz Huehuetenango entführt worden.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Verfolgung gewannen die Christdemokraten an Sympathie unter der mittelständischen Bevölkerung. (Im Landesinnern ist ihr Einfluß relativ gering.) Auch die USA favorisieren Vinicio Cerezo. Entscheidender jedoch ist ihre Unterstützung durch moderatere Kreise der Militärs, der Banken und Unternehmerschaft. Dies ist vor allem Roberto Carpio zuzuschreiben, dem Bruder des Pressezaren Jorge Carpio Nicolle, Präsidentschaftskandidat für die

Unión del Centro Nacional - UCN - Letzterer trat erst-malig bei den Wahlen 1984 hervor. Durch den Meinungs-einfluß seiner Zeitungen erreichte es der Verleger mit besten Beziehungen zu führenden Kreisen der Oligarchie und des Militärs, daß seine Partei den zweiten Platz bekam.

Am 13.2.85 behauptete der Abgeordenete Alberto Salguero vor der Nationalversammlung, er besitze Beweise dafür, daß die Bank der Armee den Wahlkampf der UCN finanziere.

Zwei der drei führenden Köpfe der UCN, Ramiro de Leon Carpio und Jorge Skinner Klee haben jahrzehntelang die faschistoide MLN begleitet. Die -UCN- präsentiert sich als die 'Kraft der Mitte'.

Der <u>Partido Revolucionario</u> - PR - wurde 1984 viertstärkste Partei.

Gegründet 1957 nach der Ermordung des Putschisten Castillo Armas (aus den Reihen des Militärs), verfolgte die Partei seither heftige Kursänderungen zwischen linker Mitte und rechts. Dreimal war sie an der Regierung beteiligt, 1966-70 unter Julio Cesar Mendez Montenegro (einziger ziviler Präsident seit 1954), 1978-82 mit Villagran Kramer als Vizepräsident, Feigenblatt der blutigen Lucas-Diktatur, der aufgrund der Korruption

und Menschenrechtsverletzungen sein Amt niederlegte und ins Exil ging, und 1982 mit Eduardo Castillo Arriola, Außenminister Rios Montts.

Charakteristisch für den Antikommunismus der PR und ihre Entschlossenheit, die radikale Oppositionsbewegung zu zerschlagen, ist folgende Episode:
Noch während der künftige Präsident Mendez Montenegro den 'Dialog' mit der Guerilla suchte, hatte er bereits ein Geheimabkommen mit der Armee unterzeichnet, das Generalstabschef Arana (nachfolgender Präsident 1970-74) alle Vollmachten gab ohne juristische Konsequenzen für die voraussehbaren Massenvernichtungen, die bis 1974 eine Bilanz von wenigstens 20.000 zivilen Opfern erbrachte.

Die politische Verfolgung begann am Vorabend der Wahl. Sicherheitskräfte verhafteten die gesamte Führung der kommunistischen PGT, die auf die sog. 'demokratische Öffnung' vertraut und sich vom bewaffneten Widerstand distanziert hatte. Mendez spielte das Unschuldslamm und beteuerte, alles daran setzen zu wollen, um die verschwundenen 28 Personen ausfindig zu machen. Diese wurden auf grausamste Weise gefoltert; ihre Leichen von Flugzeugen über dem Meer abgeworfen.

Unter der Ägide der PR konsolidierte sich die Armee Ende der sechziger Jahre als eine die Politik und Wirtschaft des Landes beherrschende Kraft. Andererseits wurden alle Ansätze auf tiefergehende Reformen zunichte gemacht; Finanzminister Alberto Fuentes Mohr, (später Gründer der sozialdemokratische PSD), der ein diesbezügliches Steuerreformprogramm ausgearbeitet hatte, auf Druck der Oligarchie entlassen. (1979 wurde er von - staatlichen Sicherheitskräften auf offener Straße ermordet.) 'Widerstandsbekämpfung' - Counterinsurgency - wurde seither zu einem Synonym für staatliche Massenvernichtung: Um eine Guerilla von ca. 180 Mann zu schlagen, ermordeten Armee, Sicherheitskräfte und Todesschwadronen wenigstens 20.000 Zivilpersonen.

Nach wie vor erhält die Partei Unterstützung von einflußreichen Unternehmern, Militärs und Großgrundbesitzern, unter ihnen Garcia Granados, Vetter des ehem. Präsidenten Lucas Garcia, und seit seiner Amtszeit (1978 bis 82) einer der größten Latifundisten des Landes. Typisch auch für die programmatische Richtungslosigkeit und Ungeschlossenheit der PR: Ihr Bündnis mit UCN und PNR zerbrach nach kurzer Dauer im März 84. Wenige Monate später entsteht eine neue Koalition mit dem:

Partido Democrático de Cooperación Nacional-PDCN - unter Jorge Serrano Elias. Einst Christdemokrat, später zweite Kraft der PNR und als Führer der Splitterpartei PDCN Schlußlicht bei den Wahlen von 1984. Inzwischen ist Serrano ein gefeierter Aufsteiger unter den Parteipolitikern. Von ihm erwartet man Stimmenzuwachs für die Koalition aus den Reihen der Genossenschaftsbewegung und der protestantischen Sekten (1 Mio.) Unter der blutigen Diktatur Rios Montts war Serrano Vorsitzender des Staatsrats und persönlicher Ratgeber des Generals. Wie Rios Montt gehört Serrano einer fundamentalistischen Sekte an.

Der Partido Nacional Renovador - PNR - erreichte 1984 die fünfte Position. Ihr Kandidat, Alejandro Maldonado Aguirre, war unter dem blutigen Regime Arana Osorio - (1970-74) Erziehungsminister und verantwortlich für die Unterdrückung des landesweiten Streiks der Lehrer. Während der zwei folgenden Militärregierungen war er Leiter der guatemaltekischen Delegation vor der UNO, wo er sein Land vehement gegen die internationalen Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen in Schutz nahm. Nach dem Bruch der zentristischen Koalition der PNR mit UCN und PR im März 85 kandidiert nun für das Amt des Vizepräsidenten der indianische Abgeordnete Mauricio Quixtan. Mit seiner Hilfe versucht die Partei Anhänger unter der indianischen Bevölkerungsmehrheit zu finden.

### DIE LINKE MITTE

Spielte bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung kaum eine nennenswerte Rolle. Die sozialdemokratische Frente Unido de la Revolución - FUR - erzielte gerade so viel Stimmen, wie sie nach dem neuen Wahlgesetz benötigt, um als Partei anerkannt zu werden. Diese geringe Resonanz ist nicht zuletzt der Tatsache zuzuschreiben, daß die Diktatur Lucas ihre gesamte aktive Basis systematisch verfolgte: Fünf Tage, nachdem ihr charismatischer Parteileiter, Manuel Colom Argueta, die Listen der Parteimitglieder vorschriftsgemäß beim Verteidigungsministerium einreichte, um die FUR registrieren zu lassen, starb er auf offener Straße im Feuer von Maschinenpistolen, das aus neun Armeefahrzeugen auf ihn gerichtet war. Der Anschlag wurde von einem Polizeihubschrauber aus geleitet, in dem sich Stabschef David Cancinos befand. Heute begrüßt die Militärregierung die Teilnahme der FUR an den kommenden Wahlen als Beweis für ihre 'demokratischen' Absichten-

Dasselbe gilt für den Partido Socialista Democrático - PSD -, Mitglied der Sozialistischen Internationale.

Nach der Ermordung ihres Gründers, Alberto Fuentes Mohr, brachte ihr nachfolgender Generalsekretär, Mario Solorzano, die Partei in das breite linksoppositionelle Bundnis Frente Democrático contra la Represión -FDCRein. Hunderte aktiver Mitglieder wurden unter der Lucas-Regierung ermordet. 1980 ging die Partei ins Exil nach Costa Rica. Fünf Jahre später, anläßlich eines Staatsbesuches Mejia Victores in Costa Rica, äußert Solorzano die Absicht, die Partei erstmalig an den künftigen Präsidentschaftswahlen zu beteiligen und erbittet den Schutz des Generals vor einer möglichen Verfolgung. Mitte Dezember 84 kehrte Solorzano nach Guatemala zurück. Anfang Januar folgte ihm Gallardo Flores, Gründungsmitglied und zweite Kraft der Partei während ihres sechsjährigen Exils. Durch mehrere Pressekonferenzen, die beide unabhängig voneinander veranstalten, erfährt die Öffentlichkeit jetzt, daß die Partei bereits seit Jahren faktisch gespalten ist und beide Exponenten sich gegenseitig den Führungsanspruch streitig machen.

Zwar besitzt Solorzano das Votum des Parteivorstands, als offizieller Präsidentschaftskandidat (wenn auch ohne reale Aussichten) aufzutreten; es wird aber auch deutlich, daß diejenigen, die ihm diesen Auftrag gaben, es selbst mehrheitlich vorzogen, im Exil zu bleiben und sich dem Risiko einer erneuten Verfolgung nicht auszusetzen.

Um die Verwirrung vollständig zu machen, meldet sich Mitte März 85 eine zweite Gruppe von Parteimitgliedern aus dem mexikanischen Exil:

Indem auch sie sich auf die sozialdemokratischen Grundsätze Alberto Fuentes Mohrs berufen und Bezug nehmen auf die Entschließungen des 1. Parteikongresses 1981 in Mexiko, dem einzigen, dem sie eine ausreichende Beteiligung der sozialen Basis zusprechen, bestreiten sie, daß die vom Militärregime propagierte 'demokratische Öffnung' auch nur das Geringste mit einer wirklichen Demokratisierung des Landes zu tun habe und charakterisieren die Beteiligung der PSD an den künftigen Wahlen als opportunistisch und unvereinbar mit den Prinzipien der Partei.

QUELLEN: Enformensa - SIAG - Informensa Centroamericana - Cerigua - Latin America Regional Report-Guatemala Informationsstelle .

# **PANAMA**

# Präsidentensturz, neueste Aufführung

"... (ein Konflikt), der für die Regierung nicht zu steuern ist, sei es die Regierung des Dr. Ardito Barletta, oder wessen auch immer, der unter solchen Bedingungen der Instabilität wirr genug ist, die Regierung des Landes anzustreben." (DIALOGO SOCIAL 9/85, 5.22f)

Seit dem Tod des General Torrijos, der 1981 bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz ums Leben kam und vorher über 10 Jahre lang die politische Szene Panamas beherrscht hat, werden den Panamenos in schneller Folge neue Staatschefs präsentiert – fast immer hatten nur einige wenige von ihnen dabei ein Wörtchen mitzureden. Mit dem Sturz Nicolás Ardito Barlettas am 27.9.1985 und seine Ersetzung durch den Ersten Vizepräsidenten Erick Arturo del Valle ist jetzt der fünfte Staatschef seit 1981 im Amt.

### DER "PROCESO" DER SIEBZIGER JAHRE

Der Putsch der Nationalgarde 1968 gegen den Präsidenten Arnulfo Arias wenige Tage nach dessen dritten Amtsantritt (auch die beiden ersten Regierungsperioden hatte er nicht zum geplanten Ende führen können) initiierte eine neue Etappe der panamenischen Geschichte. Nach einer Anfangsphase, die eher durch Repression als durch ein politisches Konzept gekennzeichnet war, setzte sich innerhalb der Nationalgarde Omar Torrijos durch. Begleitet von einer laustarken anti-imperialistischen Rhetorik entwickelte er eine im einzelnen durchaus widersprüchliche Politik: Sein Ziel war es, durch eine Politik der nationalen Einheit die bisherige gesellschaftliche Stagnation, in der sich die unterschiedlichen Kräfte gegenseitig lähmten, zu überwinden. Nach außen bedeutete das den Kampf um die Kanalzone, nach innen die Stärkung des Staates als zentrale, "neutrale" Kraft gesellschaftlicher Entwicklung.

Die Auseinandersetzung um die Kanalzone endete 1977 mit dem Vertrag mit den USA, der die Souveränität Panamas stärkte, die militärische Präsenz der USA jedoch legitimierte und fortschrieb und ihr über das Jahr 2000 hinaus Einflußmöglichkeiten einräumte. Gegen den Widerstand von Teilen der Linken und des Bürgertums wurde das Vertragswerk schließlich in einer Volksabstimmung mit 66% der Stimmen angenommen.

Der Staat erhöhte seine Aktivitäten im Bereich Infrastruktur, Rohstoffe und Landwirtschaft. Das Militär versuchte, sein repressives Image durch das einer effizienten Entwicklungsinstitution zu ersetzen, wozu verstärkt auf Methoden der "Acción Civica" (zivile Aktionen wie Straßenbau) zurückgegriffen wurde, die ihren Ursprung in den counterinsurgency-Programmen haben. Um die soziale Basis des Militärs zu vergrößern, wurden darüber hinaus eine Anzahl sozialer Reformen (Arbeitsgesetzgebung, Genossenschaften in der Landwirtschaft, Sozialpolitik) vorangetrieben.

Gleichzeitig begann unter Torrijos jedoch eine Politik des verstärkten Ausbaus Panamas als Dienstleistungsplattform der Weltwirtschaft. Durch eine Vielzahl von Privilegien wurde der Grundstein für ein internationales Finanzzentrum gelegt, mit der Freihandelszone in Colón schuf man einen Knotenpunkt für den Handel mit Lateinamerika, die Fahne der panamenischen Handelsflotte wurde zum Symbol billiger, nicht eben sicherer Handelsschiffahrt, in Ergänzung des Kanals wurde eine transisthmische Ölpipeline gebaut. Ein Teil der panamenischen Bourgeoisie profitierte in Verbindung mit dem internationalen Kapital in besonderer Weise von der Expansion des Welthandels, die panamenische Wirtschaft als Ganze wurde damit aber noch stärker an die Schwankungen der Weltwirtschaft gekoppelt.

### DAS ENDE DES "TORRIJISTISCHEN" PROJEKTS

Gegen Ende der siebziger Jahre zeigt sich, daß nach Abschluß des neuen Kanalvertrags das Modell der nationalen Einheit nicht mehr stark genug ist, die verschiedenen Interessen und die daraus erwachsenden Widersprüche zu überdecken. Der von Torrijos gegründete Partido Revolucionario Democrático (Revolutionär-Demokratische Partei), eine korporativistische Partei mit populistischanti-imperialistischen Zungenschlag, gegründet zur Institutionalisierung des "proceso" der siebziger Jahre, kann die verschiedenen Tendenzen nicht integrieren. Nach dem Tode Torrijos', des charismatischen Führers, der in ganz Lateinamerika Ansehen als anti-imperialistischer Vorkämpfer genoß, werden die Karten vollends neu gemischt.

Aristides Royo, der seit 1978 Präsident war, tritt 1982 unter Korruptionsvorwürfen zurück (offiziell wegen "starker Halsschmerzen"). Sein Nachfolger wird Ricardo de la Espriella; der "starke Mann" ist aber seit März 1982 der neue Chef der Nationalgarde, General Paredes. Er läßt Präsidentschaftsambitionen deutlich werden und tritt als Militärchef im Juni 1983 zurück, um an den anvisierten Präsidentschaftswahlen teilnehmen zu können. Es gelingt ihm jedoch nicht, seine "Stärke" in den Zivilstatus hinüberzuretten; sein Nachfolger wird General Noriega. Auch de la Espriella möchte zum Staatspräsidenten gewählt werden. Als er beim Versuch scheitert, die dazu nötige Verfassungsänderung durchzusetzen, tritt er im Februar 1984 zurück. Sein Nachfolger wird Jorge Illueca, Außenminister und gerade amtierender Präsident der UNO-Generalversammlung. Er ist von vornherein ein "Übergangspräsident".

der die Etappe bis zur Übernahme der Regierungsmacht durch einen gewählten Präsidenten leiten soll. Die Grundlage dafür wurde bereits 1983 mit einer neuen Verfassung gelegt, die die "torrijistische" von 1972 ersetzte. Sie enthält neben der Direktwahl des Präsidenten und des Parlaments eine Neudefinition des Militärs. Gemäß der Doktrin der Nationalen Sicherheit als Rahmen staatlichen Handelns wird ihm verfassungsgemäß Einfluß in allen entscheidenden innen- und außenpolitischen Fragen eingeräumt; die Nationalgarde wird in "Verteidigungskräfte" (Fuerzas de Defensa) umbenannt.

### DIE WAHLEN 1984

Zu den Wahlen im Mai und Juni 1984 stellten sich zwei Blöcke: der Regierungsblock UNADE (Unión Nacional Democrática - National-Demokratische Union), gebildet vom PRD, den traditionellen Laboristischen, Republikanischen und Liberalen Parteien sowie weiteren kleineren Gruppierungen; sowie die Demokratische Oppositionsallianz ADO (Alianza Democrática de Oposición) aus der Authentischen Panamenischen Partei PPA des dreimaligen Präsidenten Arias, der Christlich-Demokratischen Partei PDC u.a. Die Linke ging zerspittert in die Wahlen; ihre Schwäche zeigt sich daran, daß die drei Linken Parteien nicht einmal zusammen die ¾ Stimmanteil erreichten, die für den legalen Fortbestand als Partei notwendig gewesen wären.

Die ADO versuchte mit dem charismatischen, über Sojährigen Arias die Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung in Wahlerfolge umzusetzen. Sie unterstütztdie US-Politik in Mittelamerika und verficht, wenn auch nicht ganz einheitlich, ausgesprochen konservative Positionen. Die UNADE machte den ehemaligen Vize-Präsidenten der Weltbank, Ardito Barletta, zum Präsidentschaftskandidaten und baute vor allem auf das Andenken an Torrijos und das internationale Prestige ihres Kandidaten. Das Militär verhehlte seine Unterstützung des Regierungsblocks UNADE kaum, und das internationale Banksystem sah auch gerne einen der Ihren an der Spitze.

Das Ziel, über die Wahlen die Widersprüche und Instabilitäten der spät- und nach-torrijistischen Zeit zu integrieren bzw. zu überwinden, scheiterte. Der äußerst knappe Wahlsieg Ardito Barlettas (1700 Stimmen Vorsprung), der zudem von Vorwürfen der Wahlfälschung angezweifelt wurde und in dessen Verlauf es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der großen Blöcke kam (Resultat: 2 Tote, 40 Verletzte), heizte die politische Auseinandersetzung noch mehr an. Trotz des eindeutigen Erfolgs der UNADE bei den Wahlen zum Parlament (UNADE 45 Sitze, ADO 22) hatte das Technokraten-Team des neuen Präsidenten keine stabile politische und soziale Basis und konnte sich auch keine schaffen.

### EINE SCHWACHE REGIERUNG ...

In 11 Punkten stellte die Regierung ihre Interpretation der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes vor und zog daraus die Konsequenz, daß eine "strukturelle Anpassung" nach IWF- und Weltbank-Muster unumgänglich sei und daß die Lasten dafür verteilt werden müßten. Der Argumentationsstrang der 11 Punkte lautete etwa wie folgt: Die Stärkung der Demokratie hängt von der Stärkung der Wirtschaft ab, diese - angesichts der Finanzlage des Staates - von Investitionen des in- und ausländischen Privatkapitals; um das dafür notwendige Vertrauensklima zu bilden, ist eine Regelung der Auslandsschulden mit dem IWF und den Gläubigerbanken unumgänglich; die dafür notwendigen Maßnahmen sollen einer offenen Debatte unterworfen werden.

Der Versuch, zum einen die IWF-typische Anpassungspolitik zu betreiben, zu der man sich bei 3,6 Mrd. \$ Auslandsschulden gezwungen sah, zum anderen aber die "Krisenlasten zu verteilen" und etwa die staatlichen Leistungen nicht übermäßig einzuschränken, sondern die staatlichen Defizite auch durch Steuererhöhungen zu reduzieren, erzeugte Proteste allerorten.



Während die Unternehmerschaft als Ganze die Steuererhöhungen ablehnte, sahen sich Teile der nationalen Unternehmer durch die Politik zur Wiederbelebung der Dienstleistungsplattform und der weiteren Außenorientierung durch Lohnveredelungs- und Re-Export-Industrien im Zugang zu Krediten und in den Möglichkeiten zur Profitrealisierung auf dem Binnenmarkt beschränkt. Die Unternehmerverbände warfen der Regierung fehlende Unterstützung der Privatwirtschaft und den mangelnden Abbau des Staatsapparates vor. Der Gewerkschaftszusammenschluß CONATO (Consejo Nacional de Trabajadores Organizados - Nationaler Rat der organisierten Arbeiter) sah die Rechte der Arbeiter von den Plänen bedroht, die Arbeitsgesetzgebung von Torrijos zu demontieren, kritisierte den sinkenden Lebensstandard und den Ausverkauf nationaler Interessen und forderte die Einstellung der Schuldendienstzahlungen, einen breiten Dialog für einen nationalen Entwicklungsplan, einen Preisstop, Preissenkungen bei Strom und Wasser, einen Entlassungsstop im öffentlichen Dienst u.a. (Die "Lastenverteilung" der letzten Jahre war bereits sehr ungleich; der Lohnindex sank zwischen 1975 (=100) und 1984 auf 62). Zusätzlich bildete sich eine mittelschichtdominierte Protestbewegung namens COCINA (Coordinadora Civilista Nacional - Zivile Nationale Coordination), die unter anderem eine Moralisierung der Politik, die Offenlegung des Militärhaushalts und den Verzicht auf Steuererhöhungen forderte und sowohl mit den Unternehmerverbänden als auch mit den Gewerkschaften zu gemeinsamen Aktionen zu kommen versuchte.

Es gelang Ardito Barietta zu keinem Zeitpunkt, einen breiten Konsens für sein Konzept zu finden. Schon wenige Monate nach seinem Amtsantritt im Oktober 1984 regte sich Unmut in der eigenen politischen Basis; im Frühjahr gab General Noriega der Regierung eine einjährige Frist für die Erfüllung der gemachten Versprechungen; im Mai 1985 mußte die Regierung umgebildet werden. Schon im März 1985 schrieb die Zeitschrift Diálogo Social: "Der Präsident ist politisch liquidiert," da ohne politische und soziale Basis (3/85 S.13).

### ... UND IHR ENDE

Am 27. September war es dann soweit. Ardito Barletta mußte vorzeitig von der UNO-Vollversammlung zurückkehren und - nach heftigem Widerstand - demissionieren. Den letzten Anstoß dazu gab die Ermordung Hugo Spadaforas, dessen Leiche am 14.9. nahe der costaricanischen Grenze enthauptet gefunden worden war. Spadafora war eine schillernde politische Gestalt - Mitkämpfer Amilcar Cabrals in Guinea-Bissau, Gesundheitsminister unter Torrijos, 1978/79 anti-somozistischer Kämpfer an der "Südfront", später Unterstützer der "Contra" Pastoras und der MISURASATA. Seine Familie und die Opposition machten das panamenische Militär für den Mord verantwortlich; Spadafora war als Feind General Noriegas bekannt. Die Opposition verlangte dessen Rücktritt. Die Absetzung Ardito Barlettas wird vor diesem Hintergrund als Versuch des Militärs gewertet, die öffentliche Ausmerksamkeit anderen Themen zuzuwenden.

Dies gelang jedoch nur begrenzt, da etwa COCINA zu einem eintägigen Streik aufrief, um eine unabhängige Untersuchungskommission einsetzen zu lassen.







Ardito Barletta 1984 als Wahlkampfstar

### DAS GERANGEL UM DIE MACHT GEHT WEITER

Auch nach dem Sturz Ardito Barlettas bleibt die politische Szene Panamas schwer zu durchschauen. Die Kämpfe zwischen und vor allem **innerhalb** der verschiedenen politischen Kräfte spielen sich oft im Verborgenen ab. Schon geringe, unerwartete Verlagerungen des politischen Kräftesystems können Veränderungen in den Allianzen und der Regierung bewirken.

Die Auseinandersetzungen um den Kurs der Politik sind dabei im wesentlichen die zwischen unterschiedlichen bürgerlichen Strömungen. Die traditionelle Bindung eines Teils der Gewerkschaften an den PRD hat den Widerstand etwa gegen die "Reform" der Arbeitsgesetzgebung, der sich in Demonstrationen und einem zweitägigen Generalstreik manifestierte, geschwächt. Die Regierung Ardito Barlettas versuchte außerdem, diese Spaltung durch selektive Verhand lungen mit nahestehenden Gewerkschaften zu vertiefen. Dennoch gelang es den Gewerkschaften durch Streik und Demonstrationen ihre Mobilisierungskraft zu zeigen und den geplanten rapiden Abbau sozialer Rechte zumindest zunächst zu verhindern. Trotz weitgehender politischer Mirginalisierung der Linken müssen so die Interessen der Massen im Machtgerangel berücksichtigt werden.

Der neue Präsident del Valle ist der Mitbesitzer einer Zuckerfabrik mit Beteiligungen in Industrie, Banken und Versicherungen. Obwohl einige einheimische Unternehmer von ihm eine "nationalere" Politik als die des "importierten" Ardito Barletta erwarten, war eine seiner ersten Maßnahmen die Bestätigung der Verpflichtungen gegenüber den Gläubigerbanken. Das verwundert aber kaum, da seine kleine Republikanische Partei – von Kapitalisten gegründet, von

Kapitalisten geführt, mit nur zwei Sitzen im Parlament – in ihrem Programm ein Bekenntnis zu Panamas Rolle als transnationale Dienst leistungsplattform ablegt. Del Valle steht vor den gleichen Problemen wie sein Vorgänger, und es sieht nicht so aus, als könnte es ihm gelingen, einen breiten Konsens (auch nur innerhalb der Bourgeoisie und des Militärs) zu schaffen. Die wirtschaftliche Lage (Veränderung des Bruttoinlandsprodukts 1983: + 0,4%, 1984: – 1,2%) gibt auch weiterhin keinen Spielraum, alle Fraktionen nach Wunsch zu "bedienen".

Das Militär ist weiterhin die stärkste politische Kraft im Land. Es war die stärkste Stütze der Regierung Ardito Barlettas, solange es ihn gehalten hat, und traf die Entscheidung zu seinem Sturz. Die gegenwärtige Verfassungskonstruktion erlaubt es ihm ganz legal, zum einem im Hintergrund zu bleiben, zum anderen ganz offen eigene Politiken durchzuführen (Fortsetzung der "Acción Cívica"in Zusammenarbeit mit dem US-Militär, parallele Außenpolitik wie im Fall des Vermittlungsangebots Noriegas zwischen Costa Rica und Nicaragua).

Neben dem Ausbau der "Acción Cívica" wird die Kooperation mit dem "Comando Sur" des US-Militärs auch durch häufige Manöver und die Ausweitung der Dschungelkampfausbildung in einer panamenischen Militärschule verstärkt (Diese Art der Kriegsführung war vorher eine "Spezialität" der in der Kanalzone agierenden "Escuela de las Américas", in der von US-Ausbildern Militär aus ganz Lateinamerika gedrillt wurde und die mittlerweile geschlossen ist).

Dennoch ist die Politik des panamenischen Militärs und der Reagan-Administration nicht deckungsgleich. Auch innerhalb der "Verteidigungskräfte" gibt es Auseinandersetzungen über die zu verfolgende Linie, auf die etwa Gerüchte über einen geplanten Staats streich noch vor dem Regierungswechsel deuten, der vor allem gegen die gegenwärtige Militärführung gerichtet gewesen wäre. Gerade die umstrittene "torrijistische" Politik dieser Führung - wie verschwommen diese auch immer sein mag - ist es, die den USA nicht paßt, wobei die Aktivitäten Noriegas im zentralamerikanischen Konflikt, aber auch die Tatsache zählt, daß Noriega Offiziere zur Schuldenkonferenz nach Havanna schickte, während die Regierung Ardito Barlettas ihr fernblieb. So verwundert es nicht. daß die US-Regierung den Sturz Ardito Barlettas mißbilligte, unterstreicht er doch die starke Rolle des Militärs. Ein solcher Vorgang widerspricht aber auch der US-Strategie für den Isthmus, durch gewählte Regimes die politische Stabilität zu erhöhen. Das sehen auch die panamenischen Militärs, die in einem "Geheimpapier" die USA der Einmischung mit dem Ziel bezichtigten, die "Verteidigungskräfte" zu schwächen und die Christdemokratie (auch) in Panama zur führenden politischen Kraft zu machen nicht zuletzt, um die Contadora-Initiative endgültig zu beerdigen. Innerhalb der Parteienlandschaft besteht ohnehin die Tendenz

zu einer Polarisierung um PRD einerseits und Christdemokratie andererseits, welche – noch ohne Massenbasis, aber von den Oppositionsparteien ideologisch und politisch am stärksten – nach dem Tod Arias' einen Großteil der Gefolgschaft von dessen PPA erben dürfte.

Trotz ihrer starken Position scheinen die "Verteidigungskräfte" gegenwärtig nicht in der Lage zu sein, erneut die Rolle des Kristallisationspunktes der nationalen Einheit zu spielen; ihr Image in der Öffentlichkeit hat sich, wie etwa die Forderungen von CO-CINA zeigen, verschlechtert, und Maßnahmen wie der militärische Sturm auf den Campus der Universität von Panama im Sommer dieses Jahres tragen nicht dazu bei, daß erneut eine Politik der nationalen Einheit (wie unter Torrijos) möglich scheint.

Das Hin und Her um Macht- und Einflußpositionen, vor allem hinter den Kulissen, setzt sich fort. Überraschende Meldungen aus Panama sind, auch wenn es paradox klingt, weiterhin zu erwarten.

Quellen: Diálogo Social, Inforpress, Latin America Weekly Report, Süddeutsche Zeitung, Geographische Rundschau 10/83



# **EL SALVADOR**

# El Salvador-Solidarität Wie sieht die Zukunft aus?

In der Solidaritätsbewegung für El Salvador werden im Moment zwei Veröffentlichungen heftig diskutiert, die im Spätsommer dieses Jahres erschienen sind. Es handelt sich dabei um einen Aufsatz von Paul Haru mit dem Titel "No future in El Salvador?" (ila-Info Juli 1985) und eine Broschüre der Informationsstelle in Bonn "El Salvador 1985, Krieg und Dialog." In beiden Schriften wird festgestellt, daß die überdimensionale militärische Hilfe, welche die salvadorenische Armee von den USA erhält, nicht ohne Wirkung geblieben ist und die FMLN gezwungen hat, sowohl Niederlagen einzustecken als auch ihre militärische Strategie zu verändern. Die Technik aus den USA macht es möglich, größere Ansammlungen von Menschen, auch nachts, von der Luft aus rasch zu orten. Deshalo wurde die einstige "Revolutionsarmee" wieder aufgelöst und kleine Guerillaeinheiten zusammengestellt, die Einzelaktionen ausführen, keine Großangriffe machen.

Des weiteren erfahren wir, daß die massiven Bombardierungen, vor allem im Osten des Landes, die Zivilbevölkerung aus den einstigen kontrollierten Zonen weitgehend vertrieben hat. Diese sind nunmehr Gebiete, in die sich die militärischen Einheiten der FMLN, unterstützt von wenigen Bauernfamilien, einigermaßen geschützt zurückziehen können. Von einer Art "Befreiten Gebieten", auf denen bereits ein neues Leben begonnen hat, das Volk dabei ist, die Macht auszuüben, kann also keine Rede sein.

### PESSIMISMUS AUF DER EINEN ...

Viele, die sich in den letzten Monaten die Frage stellten, wie es um El Salvador bestellt sei, und die Schwierigkeiten hatten, den optimistischen Einschätzungen zu folgen, die die FMLN offiziell von sich gab, erhalten hier zum ersten Mal eine Antwort. Sie erhalten sie aus berufenem Munde, denn Paul Haru

ist ein langgedienter Aktivist der Solidaritätsbewegung – um so bedauerlicher ist es, daß er diesen entscheidenden Artikel unter falschem Namen schreibt. Lange schon bekannt in dieser Szene sind auch Heidi Feldt und Roger Pelzer, die in der Broschüre der Info-Stelle die neuen politischen Tendenzen in El Salvador untersuchen. H. Scheben, der daselbst von einem dreiwöchigen Aufenthalt in einem "kontrollierten Gebiet" berichtet, hat seit Jahren über Mittelamerika veröffentlicht.

Die Folgerungen, welche die Autoren aus ihren ernüchternden Analysen ziehen, sind verschieden. Haru sieht, wie die Überschrift schon zeigt, die er seinem Beitrag gab, gar nichts, was den Dingen eine Wende geben könnte. Er rechnet ab, klagt an und stellt fest, daß die FMLN versagt hat, weil es ihr nicht gelungen sei, die Massen in den Städten zu organisieren, weil sie kein politisches Konzept habe und mit der unglückseligen Vorstellung einer politischen Lösung durch einen Dialog nichts anderes bewirke als die Verwirrung und Demoralisierung ihrer Anhängerschaft.

Ebenso wie Haru reden auch Feldt und Pelzer davon, daß Teile des Programms der USA, durch die Figur Duarte den Ein druck demokratischer Zustände in El Salvador zu erwecken, gelungen seien. Als einzige Antwort auf die Übermacht der Armee sehen sie eine politische Lösung. Ausführlich werden dann die oppositionellen Kräfte außerhalb der FDR/FMLN beschrieben, die Menschenrechtsorganisationen, die kirchlichen Basisgemeinden und die Gewerkschaften, welche mehrheitlich unter der Kontrolle der Partei der Christdemokraten stehen. Sie sind nach Ansicht der Autoren seit Duartes Amtsantritt etwas kräftiger geworden, haben sich aufgrund einer leichten "demokratischen Öffnung" einigermaßen stabilisieren können und werden allmählich zu einem Potential, das Duarte zwingen will, so rasch wie möglich eine politische Lösung zu suchen, ihn veranlassen wird, den Dialog mit der FDR/FMLN fortzusetzen.

Duarte selbst hat, so die Beiden, auch ein eigenes Interesse an dieser Art von Perspektive. Er möchte mehr Spielraum gegenüber den USA, mehr Abstand zur extemen Rechten und könnte daher mit dem Gedanken an einen linken Bündnispartner spielen. Feldt und Pelzer haben dem Vernehmen nach von dieser abenteuerlichen Einschätzung wieder Abstand genommen. Eine plat-

te Neuauflage der alten Volksfrontstrategie schien ihnen im Falle von El Salvador doch ein zu verwegenes Unterfangen zu sein.

Denn natürlich besteht überhaupt gar keine Chance, zu hoffen, daß sich Duarte auch nur einen Finger breit von Reagan wegbewegen wird. Ohne ihn ist er sofort und für immer verloren. Das bißchen demokratischen Anstrich, das es nach den Wahlen gab, ist fast völlig wieder verblaßt. Duarte braucht die Armee und die Paramilitärs genauso dringend wie sein Vorgänger. Wie unter ihrer Regierung werden alle Bewegungen der Opposition verfolgt und grausam unterbunden.

Da man bei Feldt und Pelzer die politischen Schlußfolgerungen also wieder streichen muß, Scheben einen
Versuch, die Lage insgesamt zu analysieren, gar
nicht unternimmt, kann man kurz und bündig sagen,
eine Vorstellung, wie es in El Salvador weitergehen
könnte, bieten die Artikel nicht.

Es ist auch ungeheuer schwer und verkompliziert sich noch durch ein Problem, das unsere Schreiber lieber gar nicht aufs Tapet gebracht haben. Die Umstellung der militärischen Taktik von Seiten der FMLN hat es mit sich gebracht, daß wieder einzelne Aktionen, Sabotage, Entführung, die Ermordung besonders exponierter Personen und Überfälle auf der Tagesordnung stehen, bei denen auch Unbeteiligte getroffen werden können. So wurden in den letzten Monaten Elektrizitätswerke und das Transportwesen lahmgelegt, ein Richter ermordet, Duartes Tochter entführt, US-amerikanische Berater erschossen und ein Ausbildungslager der Armee überfallen, schon früher hatte man aus mehreren Dörfern die christdemokratischen Bürgermeister entführt. Und das alles geht einher mit immer neuen Angeboten zu einer Fortführung des Dialogs, welches schwer sein wird mit einem Duarte, dessen Tochter man gefangen hält. Den Autoren war eine Reihe dieser Dinge schon beim Abfassen ihrer Artikel bekannt. Sie mußten auch die Begründungen kennen, die die FMLN uns dafür gibt. Sie wurden in verschiedenen Veröffentlichungen vorgestellt, am besten allerdings in einer Pressekonferenz der Kommandantur der FMLN, die diese gerade zu dem Zeitpunkt gab, als die besprochenen Artikel in Druck gingen.

### ZUVERSICHT AUF DER ANDEREN SEITE

Wir dokumentieren zur Kenntnisnahme daraus zunächst die wichtigsten Passagen (nach der Übersetzung im IDES Nr. 258)

"Wir haben uns also zum Ziel gesetzt, den Widerstand und die Fähigkeit der Reagan-Administration zu brechen, die Armee weiterhin aufrechtzuerhalten. Wenn erst einmal dieser Widerstand und die Bereitschaft der derzeitigen Administration gebrochen ist, weiterhin Armee und Regierung El Salvadors zu unterstützen, haben wir den Krieg gewonnen. Nachdem wir uns diese Situation bewußt gemacht haben, haben wir entschieden, die Form des Zermürbungskrieges anzuwenden. Diese Art des Krieges bringt notwendigerweise einige Änderungen in der Definition, was als positive Entwicklung aufgefaßt werden kann, mit sich. Diese Änderungen haben z.T. die optimistischen Urteile, die die Armee abgibt, nach sich gezogen. Außerdem ist es üblich, daß die Armee jedesmal, wenn sie einen militärischen Plan umsetzt, zu triumphalistischen Erklärungen greift. Im Hinplick darauf, was der Journalist eingangs gesagt hat, möchte ich meinen, daß die Armee immer Erklärungen dieser Art abgegeben hat, vor allem, wenn sie eine Änderung in ihren Plänen vorgenommen hat. Die gleiche Art von Erklärungen wurden im September 1983 abgegeben. Das ist Bestandteil einer politischen Taktik, die mit der militärischen Hand in Hand geht."

An anderer Stelle wird das genau erläutert.

"Wir haben uns also auf einen Plan festgelegt, der verhindern soll, daß die Wirtschaftshilfe, wovon 85 % für Aufstandsbekämpfungsprojekte bestimmt sind, effektiven Nutzen hat, und der alle Möglichkeiten zur Duchführung des Duarte-Projektes verschließen soll. In diesem Zusammenhang sehen wir vor, alle Arten von Infrastruktur anzugreifen: die Elektroversorgung, Straßen, Eisenbahnlinien, Telefonverbindungen und die Agrarbereiche, die Devisen bringen, wie Zuckerrohr, Baumwolle und Kaffee. Schon heute kann unser Vorhaben, die Kriegswirtschaft des Feindes zu brechen, große Fortschritte verzeichnen. Sie haben uns weite Flanken offengelassen."

Und als eine Art von Fazit hören wir:

"Innerhalb der Wiederangleichung, die wir z.Zt. durchführen, ist die Eroberung von Terrain nicht unser augenblickliches Ziel. Was wir anstreben, ist ein Expansionsprozeß, der es uns ermöglicht, die Bevölkerung zu integrieren, zu organisieren, dort die revolutionäre Streitmacht zu entwickeln, wo es eine große Sympathie mit der FMLN gibt, wo konkrete Auseinandersetzungen im Volkskampf stattfinden und wo es Leute gibt, deren Bewußtseinsstand sogar höher entwickelt ist, als bei der Bevölkerung in unseren kontrollierten Zonen. Jetzt schon gibt es genug Beweise, die zeigen, daß der Plan der FMLN funktioniert. All die Erklärungen, die das Regime bezüglich der Sabotage gegen die Energieversorgung abgegeben hat, über die Transportstillegungen, die Zerschlagung der lokalen Machtinstanzen, die Zermürbung der Offensiven, die Aktionen in den Städten, die Aktivität im Westen des Landes, zeigen ganz deutlich, daß die FMLN in diesen Momenten einen militärischen Vorteil genießt."

Man sieht, daß zwischen den bundesrepublikanischen Beobachtern und der FMLN eine ganz erhebliche Diskrepanz in der Sicht der Dinge existiert und findet es um so bedauerlicher, daß sie gerade dieses nicht thematisieren. Denn auch Haru sagt nur, was er selbst von der Frente hält, läßt sie selbst an keiner Stelle zu Wort kommen.

# UND DAS WASSER IST BALD VIEL ZU TIEF

Nach Erscheinen der Artikel sprachen die Vertreter der FMLN und ihre engsten Verbündeten von Verrat und Contrapositionen, der IDES führte alles auf den Einfluß der Sozialdemokratie zurück, die sich in den Reihen der Bewegung eingenistet habe. Was die inhaltliche Auseinandersetzung betrifft, so wiederholte man die Positionen der Kommandanten, häufte Beweis auf Beweis, um zu zeigen, daß es keinen Anlaß gebe, an ihrer Darstellung der Dinge auch nur im geringsten zu zweifeln.

Doch die ganze Aufregung brachte wenigstens die Dinge ein wenig in Bewegung und den Anatz für eine Diskussion, die die entscheidenden Punkte auch benennt. Denn das Problem von vielen ist es immmer mehr, die Politik der FMLN zu verteidigen, die Jubel- und Erfolgsberichte, die Terrorakte und das Dialoggebaren verständnisvoll unter die Leute zu bringen. Diejenigen, die es nicht mehr können, ziehen sich mit oder ohne einen Artikel aus der Solidaritätsbewegung zurück. Diese schrumpft auf die wenigen Getreuen, die es immer gibt, zusammen.

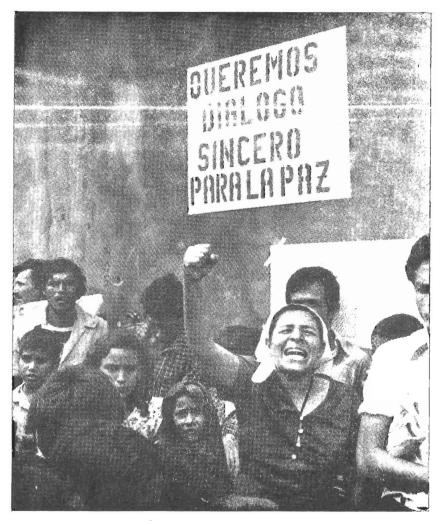
Wenn ich, wie es in letzter Zeit häufig geschah, gefragt werde, ob der Beitrag in der ila wirklich stimme, dann muß ich sagen, daß ich das nicht weiß, jedoch vermute, daß er in der Einschätzung der militärischen Situation der Realität wohl näher kommt als die Kommandanten. Ein Besuch in El Salvador hat mich dazu kommen lassen, die Verhältnisse in einem trüben Licht zu sehen. Dort traf ich zwei Soldaten der FMLN, die bei einem Freund versteckt waren, um sich von den Folgen der Bombardierungen zu erholen. Der eine klagte über schwere Kopfschmerzen, seit ihn eine Druckwelle mehrere Meter fortgeschleudert hatte, der andere hatte ein kaputtes Gebiß und konnte nicht mehr schlafen. Sie erzählten von den Strapazen des Krieges, fünf Jahre lang hatten sie in keinem Bett geschlafen. Jetzt warteten sie, bis die Partei Geld für die ärztliche Behandlung bringen würde, die sie dann unter falschem Namen bei einem Arzt suchen würden. Sie klagten über Mangel an Kleidung und Ausrüstungsgegenständen, waren aber voller Lob über das Leben in der Truppe und erzählten voll Begeisterung, wie sie in den Dörfern gefeiert würden, die mit ihnen sympathisierten.

Unser Freund hat sehr geklagt, daß es immer schwieriger werde, die Guerilla mit dem nötigsten zu versorgen, alles sei sehr stark bewacht. Wir selbst sahen, wo wir waren, eine Unmenge von Militär. Einzelne Beobachtungen nützen wenig, der Mensch ist jedoch darauf angewiesen, sich auf diese zu berufen, wenn er den Eindruck hat, daß er von denen, die es wissen, keine richtige Auskunft erhält.

Es erscheint mir wichtig, dies noch mit einem letzten Zitat aus der genannten Pressekonferenz zu belegen, denn die Zahl der Leute, die die seitenlangen offiziellen Erklärungen der FMLN noch lesen, hat rapide abgenommen.

"Die Änderungen, die wir im Juni/Juli 84 vorgenommen haben, haben uns erlaubt, ein hohes Maß an Zermürbung der feindlichen Truppen zu erreichen und unsere eigenen Verluste enorm zu verringern. Zum Beispiel hat die Armee den Einsatz der Luftwaffe enorm gesteigert. Die Änderungen in unseren taktischen Modalitäten ermöglichen uns, unsere Militäraktionen mit einer Schnelligkeit durchzuführen, die die Effektivität der Luftwaffe zunichte macht. Wenn es nicht gleichartige Militäraktionen sind wie früher, so liegt es daran, daß es hier keine militärischen Ziele mehr gibt. Die Armee hat sich zurückgezogen."

Man könnte doch wohl auch der Meinung sein, die Armee habe kräftig aufgeräumt, die bombardierten Zonen sind ja leer.



# CHILE

# Ein wirklich symbolträchtiges Te Deum

In Chile findet aus Anlaß des Nationalfeiertages am 18. September traditionell in der Kathedrale der Hauptstadt ein feierliches Te Deum unter Anwesenheit der Regierung statt. Dieses Jahr hatte sich die geistliche Hierarchie in Santiago zu diesem Tag etwas Besonderes einfallen lassen. Seit einigen Wochen ist zumindest in kirchennahen Kreisen ein Begriff in aller Munde: RECONCILIACION, Versöhnung predigen Kardinal Fresno und seine Mannen von den Kanzeln und bemühen sich gleichzeitig, die bürgerliche und rechte Opposition als akzeptablen Gesprächspartner für Diktator Pinochet aufzubauen, Ein konkretes Ergebnis dieses Engagements der Männer Gottes auf Erden war der 'Acuerdo Nacional', ein im wesentlichen von Christdemokraten und der diktatormüden politischen Rechten ausgearbeitetes Papier, das einige bürgerliche Forderungen zur Beendigung der Pinochet-Herrschaft sowie für die post-pinochetäre Phase enthält (val. LN 141).

Es mag wohl auch die Erinnerung an den von ihm initiierten, vor fast genau einem Jahr jämmerlich an der Unnachgiebigkeit der Pinochet-Regierung gescheiterten Dialogversuch gewesen sein, die Kardinal Fresno zu einem gewagten Schritt verleitet hat. Nicht nur, daß er zum Te Deum 1985 neben der Regierung auch die führenden Vertreter der Mitte-Rechts-Opposition in die Kathedrale eingeladen hatte, nein, als besonderes Zeichen der "Versöhnung" setzte er Pinochet die verhaßten Oppositionspolitiker direkt vor die Nase, nur getrennt durch den Hauptaltar. Alle Versuche der Regierung, dies noch im Vorfeld zu verhindern, konnten Fresno nicht davon abhalten, den versammelten Herrschaften ein Zeichen der "Versöhnung" aufzuzwingen. Doch das, was wohl als Startschuß zu einem politischen und damit auch in gewissem Maße persönlichen Kontakt zwischen der Pinochet-Regierung und einem ausgewählten Teil der Opposition geplant war, entpuppte sich als grenzenlos peinlicher Reinfall. Der nicht nur im direkten Vergleich zu seinem Vorgänger Silva Henriquez ungeschickt und geistig unbeweglich erscheinende Kardinal Fresno ist in seinem Bemühen gescheitert, sich als charismatischer Kirchenfürst mit gesellschaftlicher oder gar

politischer Relevanz zu präsentieren. Die Atmosphäre in der Kathedrale war und blieb frostig. Pinochet und seine Mannschaft starrten während der ganzen Messe so gebannt auf den Fußboden, daß sich der Berichterstatter von ANALISIS besorgt fragt, wann sie denn wohl das Bild der Fliesen wieder aus ihrem Kopf werden verbannen können. Die überwiegend christdemokratischen Herren auf der "Oppositionsbank" rechts vom Hauptaltar fühlten sich offensichtlich etwas weniger unwohl - was sich nach Beendigung der Zeremonie noch ändern sollte - und richteten ihre Blicke auf die geistlichen Hauptakteure, die von den Lesungen bis zur Predigt die Idee der "Versöhnung" hochzuhalten versuchten. Noch skurriler wurde das Szenario, das nach Meinung von ANALISIS durchaus eines Gabriel García Márquez würdig gewesen wäre, durch die uniformierten Polizisten, die während der Messe paarweise durch die Gänge patroullierten, und die zuhauf anwesenden Zivilpolizisten, die feixend, Kaugummi kauend oder mit ihren Funkgeräten spielend herumliefen. Alle Aufrufe zur Einheit und "Versöhnung" verhallten ganz offensichtlich ungehört... Dies sollte sich am Ende des Te Deum in ganz besonderer Deutlichkeit bestätigen. Obwohl wie bei solchen Anlässen üblich die gesamte Innenstadt Santiagos für den Publikumsverkehr gesperrt und fest in

der Hand der "Ordnungs"-Kräfte war (ich konnte dies einmal bei derselben Gelegenheit am eigenen Leib erfahren, als ich plötzlich von CNI-Polizisten umstellt war und mich letztendlich glücklich schätzen konnte, mit der Angabe meiner Personalien und dem Verlust eines Filmes noch glimpflich davongekommen zu sein), konnte eine Horde von faschistisch-pinochetistischen Jugendlichen ungehindert bis vor die Kathedrale ziehen und die Oppositionspolitiker und vor allem die anwesenden christdemokratischen Gewerkschafter (Seguel, Bustos, etc.) wüst beschimpfen und sogar mit Fahnenstangen und Fäusten auf sie eindreschen. Die massenhaft anwesende Zivil- und Bereitschaftspolizei griff, obwohl nur wenige Meter entfernt, überhaupt nicht ein, sodaß sich ein Teil der geladenen Gäste des Te Deums in die Kathedrale zurückziehen mußte, bis eine eigens herbeigerufene Polizeieinheit ihnen Geleitschutz geben konnte.

Dies war in jeder Hinsicht ein symbolisches Te Deum. Es bleibt – auch wenn es dazu ja mittlerweile eine Unzahl von Gelegenheiten gegeben hätte – nur zu hoffen, daß die Erfahrungen vom 18. September 1985 einigen Christdemokraten und vor allem Herrn Fresno zumindest ein wenig die Augen geöffnet haben.

# **PERU**

In den beiden folgenden Artikeln werden unterschiedliche Einschätzungen der peruanischen Entwicklung nach der Regierungsübernahme durch Alan García gegeben. Der erste Artikel geht von der Aufbruchstimmung aus, die García unter vielen Peruanern auslösen konnte, welche trotz der negativen Erfahrungen der Vergangenheit wieder Hoffnungen auf politische und soziale Reformen schöpften. Auch wenn der Autor auf eine Vielzahl möglicher Hemmnisse hinweist, die einer neuen Politik entgegenstehen, sieht er Ansätze zur Veränderungen, die Folge des reformistischen Impetus Garcías seien.

Der zweite Artikel, den wir 14 Tage später aus Peru zugeschickt bekamen, untersucht die Entwicklung in einem Politikbereich, in dem Garcia einen grundlegenden Wandel versprochen hatte: in der Menschenrechtsfrage. Er kommt zu dem Ergebnis, daß auch die neue Regierung einen schmutzigen Krieg führt und ihre politische Unschuld verloren hat und bestätigt somit die Bedenken des ersten Artikels bezüglich der Durchsetzbarkeit einer neuen, reformistischen Politik: Im Bereich der Menschenrechte hat Garcia nicht die Macht oder den politischen Willen zu einer Abkehr von der bisher herrschenden Repression.

Dennoch scheinen beide Artikel zusammen eine widersprüchliche Entwicklung in Peru zu beschreiben, in der es denkbar ist, daß auch bei einem Nebeneinander von populären Maßnahmen und Repression die Begeisterung in breiten Kreisen noch anhält, was ja geschichtlich auch nichts Neues wäre. Nur die weitere Entwicklung kann zeigen, ob auch García an den Grenzen reformistischer Politik scheitert und ob auch in den anderen Politikbereichen die "Wende" der APRA stecken bleibt, oder ob tiefgreifende Reformen jenseits symbolischer Maßnahmen möglich sind.

# Der Tanz auf dem Vulkan – Peru nach dem Regierungswechsel

Vom ersten Tag an sorgte der neue peruanische Präsident Alán García dafür, daß die öffentliche Diskussion nicht mehr zur Ruhe kam. Erster Paukenschlag: die Kündigung der Verträge mit den drei ausländischen Ölgesellschaften, die darin Förder- und Ausfuhrrechte erhalten hatten, wofür sie jährlich einen bestimmten Prozentsatz ihrer Einnahmen in Peru hätten investieren sollen. Dies war unter Belaunde nie geschehen, und Peru entgingen auf diese Weise jährlich rund 500 Millionen US-Dollar, die ihm vertraglich zustanden.

Zweiter Paukenschlag: Die Einfrierung aller Dollarguthaben auf peruanischen Banken, um weiteren Dollarspekulationen zu Lasten der peruanischen Währung vorzubeugen. Unter denen, die in den vergangenen Jahren ihr Vermögen in Dollars angelegt hatten, machte sich Nervosität breit; Gerüchte gingen um, daß alle Dollars in Soles umgetauscht werden müßten oder in Staatsbesitz übergingen.

Vehement nahm der neue Präsident den Kampf gegen die Drogen-Mafia und die weitverbreitete Korruption auf. Fast täglich ist in den Zeitungen von Festnahmen zu lesen – frühere Politiker der Accion Popular, aber auch Polizeichefs und hohe Militärs bis hin zu einzelnen Generälen wanderten bereits in Untersuchungshaft. Die Genugtuung unter der breiten Bevölkerung ist allgemein; während sie immer mehr ausblutete, mußte sie unter Belaunde zusehen, wie Politiker und Offiziere sich vor aller Öffentlichkeit ungeniert und ungestraft bereicherten. 37 Generäle hat Alan Garcia in den Ruhestand versetzt. Eine Maßnahme, die Belaunde nie gewagt hätte.

Um der anhaltenden Verarmung breiter Bevölkerungsmassen entgegenzusteuern, wurde ein allgemeiner Preisstopp verkündet. Und er scheint im Gegensatz zu so vielen anderen früheren Regierungsmaßnahmen tatsächlich zu funktionieren: tausende von Apristen, voll Elan und Begeisterung über die Machtübernahme, jetzt nach 50 Jahren, gehen auf Märkte und in Geschäfte und kontrollieren die Einhaltung der Verordnungen.

Alán Garcia ist bemüht, mit seiner Präsenz immer wieder die Richtung der neuen Politik anzuzeigen. Er unternahm ausgedehnte Reisen in die Provinzen, um deutlich zu machen, daß ihrer Entwicklung nun ein stärkeres Gewicht zukommen soll, als unter Belaunde, wo alle Gelder im Rachen Limas verschwanden. Vor allem den Süden bereiste Garcia – überreichte einen Scheck in Juliaca, mischte sich unter Campesinos. Hier geht es natürlich auch um die Konsolidierung von neu gewonnenem: bei den Wahlen waren hier der im Norden beheimateten APRA erstmals bedeutende Einbrüche gelungen.

In Lima selbst verläßt der Präsident immer wieder seinen Palast, mischt sich auf der Plaza de Armas unter das Volk, hält eine zündende Rede, worauf die Zuhörer ihn jubelnd in die Luft werfen. Unglaublich nach der Amtszeit Belaundes, der nur in dicker Bewachung den Palast verlassen konnte.

Alán Garcia taucht unangemeldet in Schulen auf, um nach dem rechten zu sehen – ob die Gebäude entsprechend eingerichtet sind, Gelder auch für die Schule verwandt werden, ob die Lehrkräfte auch ihren Dienst tun. In einer Polizeikaserne erschien er und nahm in der Kantine am Mittagessen teil, um zu sehen, wie die Verpflegung der Polizisten ausschaut. All dies erinnert sehr an ähnlich populäre Aktionen Betancours

in Kolumbien. Der Präsident schaut in einem Land persönlich nach dem rechten, wo Schlendrian eingerissen ist, Vorgesetzte Gelder für sich behalten, wo (schlecht bezahlte) staatliche Bedienstete oft nicht zur Arbeit erscheinen, weil sie einträglicheren Nebentätigkeiten nachgehen. "Wundere dich nicht", so erzählt man sich in Lima, "wenn dir auf dem Markt jemand auf die Schulter tippt und du drehst dich um und schaust in das gesicht des Präsidenten, der dir rät, hier nicht zu kaufen, weil die Preise reiner Diebstahl sind." Sein eigenes Gehalt hat Alán auf ein Viertel gekürzt, um ein gutes Beispiel zu geben. "Wozu brauche ich so viel Geld," sagte er, "ich bin gewählt, um etwas fürs Volk zu tun, nicht um in Saus und Braus zu leben."

In den wenigen Monaten seit seinem Amtsantritt hat sich Alan-Garcia beträchtlich gemausert, sein Selbstbewußtsein scheint ins Unendliche zu wachsen. Seine Reden strahlen Pathos und geradezu religiöses Sendungsbewußtsein aus. "Dieses Volk hat mich nicht gewählt, damit ich es weiterhin der imperialistischen Knechtschaft unterwerfe, sondern damit ich es in die Freiheit führe." Sätze dieser Art sind in fast jeder Rede zu hören. Seine Sprache ist oft hart, manchmal beängstigend gewalttätig – nicht zuletzt dort, wo er den imperialistischen Feind aufs Korn nimmt.

Der "Mose" Perus kann sich dabei auf eine gutorganisierte Partei stützen, auf eine Vielzahl von Apristen, die (noch) voll Idealismus und historischem Sendungsbewußtsein sind und keine Mühe scheuen, selbst ihren Teil zum historischen Wechsel beizutragen. Hierin liegt vorerst ein fundamentaler Unterschied zu den Parteigängern Belaundes, die von vornherein nur Positionen eingenommen hatten, um sich darin zu bereichern.

Zunächst muß Alán Garcîa also immerhin zugebilligt werden, daß er die peruanische Gesellschaft in Bewegung gebracht und so etwas wie ein neues Klima geschaffen hat: die Preise steigen nicht mehr unkontrolliert, korrupte Beamten müssen sich verantworten, Polizisten, die sich an Bürgern vergingen, sehen sich plötzlich in Untersuchungshaft wieder. Eine Veränderung gewiß zum Vorteil des kleinen Mannes.

### **AUSSICHTEN**

Die Frage bleibt natürlich, wie lange dieses neue Klima anhalten kann, welche tiefgreifenden Veränderungen Garcîa tatsächlich durchführen wird und kann und was von seinen jetzigen Aktionen reine Schau bleibt. Manche seiner Auftritte in den Anden, wo er sich unter die Campesinos mischt und publikumswirksam mit einem Poncho bekleidet, werfen diese Frage auf. Manche flüstern auch, man müsse nur abwarten, bis sich die Anfangsbegeisterung der "Apristischen Revolution" gelegt habe, dann werde schon alles zum Gewohnten zurück-

kehren. Der Präsident kann ja nicht auf lange Sicht und im ganzen Land alle öffentlichen Einrichtungen kontrollieren. Grundsätzlich bleibt die Frage, ob Alán García die Macht haben wird, seine guten Vorsätze durchzuführen – er müßte es mit den Militärs, Drogenhändlern, ausländischen Konzernen und westlichen Regierungen – und den vielen an Korruption gewöhnten Beamten im eigenen Land aufnehmen. Recht viel auf einmal. Mit einer seltsamen Mischung aus Mut und Naivität scheint er diese Machtverhältnisse und die darin enthaltenen "Explosionsgefahren" außer Acht zu lassen. Im Moment vollführt er so etwas wie einen "Tanz auf dem Vulkan".

Die Unterstützung einer ganz breiten Mehrheit in der Bevölkerung hat er ohne Zweifel wie schon lange kein Präsident mehr in Peru. Garcia führt durch, worauf viele seit Jahren gewartet haben. Selbst unter einer Gruppe von (jüngeren) Offizieren, die dem Denken Velascos treu sind, hat er offenbar Unterstützung gefunden. Ansonsten ist es ihm bisher geschickt gelungen, die Militärs nicht in die Rolle des Gegenspielers hineinzumanövrieren, sondern in seinen Kampf mit einzubeziehen. "Die traditionelle Aufgabe des Militärs", sagt er, "ist die verteidigung der Ehre Perus. Heute ist es seine Aufgabe, Peru gegen seine Feinde zu verteidigen – gegen Drogenhändler, Imperialisten ..."

Viel wird davon abhängen, wieweit ihm diese Einbeziehung des Militärs weiterhin gelingt und wieweit er Einfluß nehmen kann auf die künftige Besetzung von Offiziersstellen.

Außenpolitisch wird nahezu alles davon abhängen, wieweit eine internationale Solidarität in der Schuldenfrage erreicht



werden kann. Hier ist noch nichts abzusehen. Garcîa konzentriert sich bislang auf die Innenpolitik.

Hier ist er im Augenblick der unbestrittene Star, neben dem alle anderen, die im Frühjahr noch mit ihm um die Präsidentschaft gerungen haben, fast in Vergessenheit geraten. Die IU (Izquierda Unida – Vereinte Linke) zerfleischt sich in gegenseitigen Auseinandersetzungen. Barrantes kann als Bürgermeister von Lima nun zwar manche Maßnahmen leichter durchführen als vorher, wo Belaunde alles tat, um den linken Bürgermeister nicht groß herauskommen zu lassen (und deshalb etwa die Auszahlung von Geldern an die Stadt Lima verzögerte), aber innerhalb der zerfallenden IU ist sein Einfluß stark gesunken. Jetzt, wo kein Wahlkampf mehr ansteht, besteht auch keine Notwendigkeit mehr, sich hinter ihn zu stellen.

Sendero Luminoso hat seine Terroraktionen ausgeweitet und damit klargemacht, daß ihm der Regierungswechsel gleichgültig ist. Gleich im August machte er in Lima serienweise von sich hören: Explosion einer Autobombe vor der Präfektur in Callao, Erschießung von Polizisten aus vorbeifahrenden Autos, Überfall auf einen Stadtbus, wobei auf die dichtgedrängten Fahrgäste das Feuer eröffnet wurde. Bilanz: 5 Tote und zahlreiche Verletzte. Gerade der letzte Anschlag bedeutet eine Eskalation der Brutalität von Sendero und hat die Angst unter der Bevölkerung beträchtlich gesteigert, ist doch Sendero von gezielten Attacken auf "Kollaborateure" zu scheinbar wahllosen Massenmorden übergegangen. Von nun an kann es jeden treffen. Die Verstärkung der Aktivitäten in den Küstenstädten und namentlich in Lima selbst widerspricht der Einschätzung, Sendero sei dezimiert und eingekreist (LN 140, S. 57ff).

Wesentliche Fragezeichen stehen aber über der APRA selbst. Mag es einerseits wünschenswert erscheinen, daß diese Partei sich gegen Militärs und Drogenhändler durchsetzt, so bildet doch eine ungehemmte Machtentfaltung der APRA eine Schrekkensvision für viele. Die APRA war, trotz ihres sozialdemokratischen Programms, stets eine gewalttätige Partei, die ihre Schlägerbanden unterhielt und bei jedem Wahlkampf für Tote und Verletzte unter ihren Gegnern sorgte.

Die APRA selbst ist voller Ungereimtheiten, was ihren Standort in der Gesellschaft anbelangt. Setzt sie sich offiziell für die "Armen" ein, so gehören doch im Norden nicht wenige Reiche der APRA an. Im Norden, der traditionellen flochburg der APRA, wo Aprist sein so selbstverständlich ist, wie christlich-sozialer sein in Bayern, gehören all die alten reichen Familienclans der APRA an - die Zucker- und Reisbesitzer in Trujillo und Chiclayo oder die Viehbesitzer in Cajamarca (eine Ausnahme bilden die jüngst emporgestiegenen Drogenhändler). Von daher bleibt ein großes Fragezeichen hinter den Versprechungen auf soziale Umwälzungen. Viele Apristen werden daran kein Interesse haben.



Die Hoffnungen des Volkes sind groß. Wieviel Alán Garcîa davon erfüllen kann und will, bleibt offen. Manche weisen darauf hin, daß selbst Velasco, der als Oberbefehlshaber des Militärs über mehr Macht verfügte, letzlich seinen Stuhl räumen mußte. Der Tanz auf dem Vulkan geht vorerst weiter.

### Die Flitterwochen sind zu Ende

# AYACUCHO UND LURIGANCHO - RUHE UND ORDNUNG UM JEDEN PREIS?

Die Hoffnungen, die der junge Präsident Alán Garcia während der ersten Wochen seiner Regierungszeit weckte, haben sich im Bereich der Menschenrechtspolitik nicht erfüllt.

Das wirtschaftliche Notprogramm zeitigte zwar erste Erfolge (z.B. die Senkung der Inflationsrate von über 10 auf 3,5% im Monat September), die mutigen Worte im Namen der Armen dieser Welt vor der Vollversammlung der UNO beeindruckten weltweit, aber die Achtung vor dem Leben der eigenen Bevölkerung, Basis für jedwede Reformpolitik, konnte bisher nicht durchgesetzt werden.

Die Massaker an unschuldigen Bauern in den vom Militär beherrschten Gebieten, v.a. in Ayacucho, gingen weiter, und in Lima spielten sich bisher nie gesehene Szenen brutalen Polizeieinsatzes ab, am 3. 10. gegenüber Bürgern, die ungenutztes Land besetzt hatten, um ihre erbärmlichen Strohmatten-Hütten aufzustellen, und zuletzt, am 4. 10., gegen die unter Terrorismus-Verdacht angeklagten Gefangenen im größten Gefängnis des Landes, Lurigancho, wo eine noch unbekannte Zahl von mutmaßlichen Senderisten von einer Sondereinheit der Republikanischen Garde umgebracht wurde.

Zwei dieser Vorkommnisse und die Reaktion der offiziellen Stellen werden im folgenden dargestellt. Hier zeigt sich – im Widerspruch zu anderslautenden Absichtserklärungen des Präsidenten die zunehmende Faschistisierung der sogenannten Ordnungskräfte und die ambivalente, im Grunde schwache Position der APRA-Regierung. Ihr Dilemma: Soll sie Terrorakte von rechts dulden und decken und dadurch ihre Glaubwürdigkeit vor den Wählern verlieren – oder soll sie ihnen entschieden entgegentreten und die offene Konfrontation mit dem rechten Machtpotential suchen?

# DER VÖLKERMORD VON ACCOMARCA - MENSCHLICHER IRRTUM ODER ELEMENT FINES SCHMUTZIGEN VERNICHTUNGSKRIEGES?

"Kinder von zwei Jahren können schon Senderisten sein, und man muß sie ausrotten, sonst bringen sie uns eines Tages um." Gemäß dieser seiner Überzeugung handelte der Unterleutnant des peruanischen Heeres Telmo Hurtado Hurtado, als er am 14. August 85 mit seiner Einheit die Dorfgemeinschaft Accomarca (Vilcashuamán/Ayacucho) überfiel. Wer vor den anrückenden Soldaten nicht mehr rechtzeitig fliehen konnte, in der Mehrzahl Frauen, Kinder und Alte, wurde im Ortsteil Llocclapampa

zusammengetrieben und in Häuser eingesperrt. Nachdem alle Frauen und Mädchen vergewaltigt waren, wurden die Häuser mit Maschinengewehren beschossen und mit Phosphor-Granaten in Brand gesteckt. Alle darin Eingeschlossenen, nach Zeugenberichten 69 Personen, darunter viele Babys und Kleinkinder fanden einen schrecklichen Tod.



Raumung besetzten Landes in Lima-Callao durch die Zivilgarde

Nicht genug damit: Nach vollbrachter Tat feierten die Militärs ihren Sieg über die Subversion, indem sie die Häuser plünderten und ein Festessen veranstalteten, dessen makaberer Höhepunkt ein Tanz neben den qualmenden Leichen war. Dem mußten die auf die Anhöhen geflüchteten Dorfbewohner zusehen. Erst nach Tagen trauten sie sich wieder ins Dorf zurück, um die verkohlten Leichen ihrer Angehörigen zu bestatten. Drei Wochen später kamen zwei Überlebende in Lima an und denunzierten, was geschehen war. Eine Untersuchungskommission, die daraufhin aufbrach, grub am Ort des Verbrechens weitere, frische Leichen aus: Kurz vor ihnen waren die Soldaten zurückgekehrt und hatten Augenzeugen, die sie antrafen, erschossen.

### MASSNAHMEN UND WIDERSPRÜCHE

Als die Tatsachen nicht mehr geleugnet werden konnten, setzte der Präsident, der Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, zwei Generale ab, unter ihnen den politisch-militärischen Chef von Ayacucho, Wilfredo Mori. Das war eine mutige Maßnahme. Das Komuniqué jedoch, das die Absetzung bekannt machte, enthielt einen schwerwiegenden Irrtum: Die hohe Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung und "Verschwundenen" sei auf eine falsche Informationspolitik der Belaunde-Regierung zurückzuführen, die die Verluste (im Kampf gefallener Senderisten) verschwiegen habe. Damit wird stillschweigend unterstellt, auch die Opfer von Accomarca seien solche im Kampf gefallenen Senderisten. Mit dieser weithergeholten Ausflucht begann die indirekte Rechtfertigung des Vorgehens der Militärs. Und erst angesichts des Abscheus, den die verkohlten Kinderleichen in der Bevölkerung hervorriefen, sah die Regierung sich genötigt, die von ihrer Vorgängerin übernommene Strategie des schmutzigen Krieges in Frage zu stellen und zur lange hinausgeschobenen Ernennung einer Friedens-Kommission zu schreiten, die allerdings nur beratende Funktion hat. Das wenigstens wurde getan. Auf der anderen Seite: Die Verantwortlichen des Vernichtungskommandos folgten der Vorladung der parlamentarischen Untersuchungskommission nicht; ihre Oberen decken sie und reklamieren für sie die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit, das bedeutet lächerlich geringe Strafen wegen Amtsanmaßung und dergleichen. Der rechte Flügel der APRA setzte die Kommission unter Druck, von einer gründlichen Untersuchung Abstand zu nehmen. Und von der Regierungsseite ging ein Lobregen auf die Militärs nieder: durch "Exzesse". "menschliche Irrtümer" einzelner Soldaten wie des Unterleutnants Hurtado dürfe das heere Image der Institution nicht beschmutzt werden.

Die Reaktionen bringen Widersprüche zu Tage, die entlarvend sind im Hinblick auf die anti-subversive Strategie: Entweder der Leutnant ist schuld an einem "Exzess", dann muß er als Mörder einem gewöhnlichen Gericht überstellt werden, was nicht geschah. Die Strategie braucht man deshalb nicht zu ändern. Oder aber: die Strategie besteht gerade in der Vernichtung Unbeteiligter, einschließlich Kindern, um durch größeren Terror die Bauern von jeglicher Kollaboration mit den "Terroristen" abzuschrecken (ideologisch gestützt durch die Verachtung gegenüber dem indianischen Teil der Bevölkerung). Dann ist das Massaker von Accomarca und alle anderen, die geschahen und vielleicht noch geschehen, nichts anderes als Teil der offiziellen Kriegspolitik, der Leutnant nicht zur Verantwortung zu ziehen, denn er hat entsprechend den Befehlen seiner Vorgesetzten gehandelt.

Die zweite Alternative ist die zutreffendere. Accomarca ist kein Einzelfall. Seit Anfang 1983 geschahen ähnliche Greueltaten an vielen Orten: Huaychao, Uchuraccay, Soccos, Pucayacu, um nur die zu nennen, die international bekannt wurden. Nach dem Regierungswechsel ging es bruchlos weiter. Überlebende bezeugen: Am 28. August 85 wurden in Umaro 45 Personen, darunter 20 Kinder zwischen zwei Monaten und 9 Jahren von Soldaten des Heeres umgebracht, am 4. September in Bellavista waren es 37, darunter 18 Kinder zwischen sechs und 15 Jahren. Anfang August wurde in Pucayacu (Huanta), wo ein Jahr zuvor Massengräber mit 50 nach Foltern ermordete Leichen gefunden worden waren, ein neues Geheimgrab entdeckt. Die sieben Opfer waren vorher als "verschwunden" gemeldete Bauern.

### STRATEGIE: STAATSTERRORISMUS

Die bisher straffrei gebliebenen Verbrechen des Völker- und Kindermords erklären sich im Gesamtzusammenhang der Kriegführung in den letzten Jahren:

Die Option der Belaunde-Regierung angesichts des bewaffneten Kampfes der maoistischen Guerilla war, ein durch absolute Armut verursachtes soziales Phänomen mit militärischen Mitteln bekämpfen zu wollen. Diese nicht neue Strategie bestand darin, zuerst (1983) die "verseuchten" Gebiete zu "säubern": Angriffe auf Guerilla-Patrouillen, wobei keine Gefangenen gemacht wurden und es keine Verletzten gab, und das "Verschwindenlassen" von Personen. Dann (1984) wurde Sendero mit der Zivilbevölkerung konfrontiert, was durch die meist unter Zwang gebildeten paramilitärischen Banden ("Montoneros", "Zivilverteidigung") erreicht wurde, die nun die durch Sendero auch meist unter Druck rekrutierten Bauern anderer Dörfer bekämpfen. Schließlich (1985) wird die territoriale Kontrolle gefestigt (Garnisonen, Vergeltungsmaßnahmen), um die letzten Neutralen auszuschalten. Erreicht wurde, daß der ärmste Teil der peruanischen Bevölkerung sich jetzt gegenseitig umbringt oder aber in die Städte flieht. Ein Sieg über Sendero oder auch nur eine Schwächung wurde nicht erzielt. Denn diese Organisation verlegte ihr Operationsgebiet einfach in andere Provinzen und Landesteile, vor allem nach Lima. Neue "rote Zonen" erfordern Ausweitung der militärischen Maßnahmen, das bedeutet Eskalation des Konflikts, folglich politische und moralische Destabilisierung des gesamten Systems, und genau das ist erklärtes strategisches Ziel von Sendero, nach dessen Ideologie verschärfte Repression dazu gut ist, die Unterstützungsbasis in der Bevölkerung zu verbreitern.

Die neue Regierung hat leider ihre Chance verpaßt, durch sofortige Änderung dieser kriminellen und zudem irrigen Strategie die Spirale sinnloser Gewalt anzuhalten. Der neue Kriegsminister sieht vielmehr in der Existenz der "Montoneros" die Garantie für einen Sieg über die Guerilla; die Banden sollen ausgebaut und unterstützt werden. Soziale Maßnahmen (Investitionen in den ärmsten Gebieten) sind bisher noch nicht angegangen worden, das Amnestie-Gesetz blieb aus. Im Gegenteil: Nach der immerhin teilweise positiven Reaktion auf das Massaker von Accomarca (Absetzung der Generale, Ernennung der Friedenskommission) ist der Regierung ein weiteres Massaker anzulasten, das am 4. Oktober im Gefängnis Lurigancho verübt wurde. Es kann bis jetzt noch nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob Regierungsstellen den Gefangenenmord planten, oder ob sie sich nachträglich gezwungen sahen, den mörderischen Polizeieinsatz gutzuheißen, um es sich mit den Ordnungskräften nicht zu verderben. Schlecht passen die Bilder der verbrannten Leichen von Lurigancho zu den Absichtserklärungen von Alán Garcia, die volle Respektierung der Menschenrechte für alle Peruaner durchzusetzen.

### NUR EIN TOTER SENDERIST ...

Mæssaker, Blutbad, Holocaust – es ist schwer, einen Namen zu finden, der dem gerecht wird, was am Morgen des 4. Oktober im Gefängnis Lurigancho geschah.

Der neue Chef der Strafvollzugsbehörde ordnete die Inspektion einiger Pavilloms an, darunter der "Pabellón Británico", in dem etwa 300 unter Terrorismus-Verdacht Festgenommene einsaßen, die sich nicht zur Gruppe der Vereinigten Linken zählen. Eine Massenflucht aus Anlaß des Jahrestages der kommunistischen Partei am 7.10. sei geplant gewesen. Die Inspektion sollte sie verhindern. Über ihren Ablauf existieren zwei völlig widersprüchliche Versionen:

Die offizielle Seite behauptet, daß das Kontingent der Republikanischen Garde, als es sich dem Block näherte, von den im Gebäude verschanzten Senderisten angegriffen wurde. Ein Offizier sei durch einen Pfeilschuß am Hals leicht verletzt worden. Gleichzeitig hätten im Inneren die Sendero-Führer Matratzen in Brand gesteckt, die Rauchentwicklung habe das Leben der Insassen gefährdet. Da niemand das Gebäude verlassen wollte oder durfte und die Eingänge versperrt waren, mußten es die Polizisten an drei Stellen mit Dynamit sprengen, um dann mit einem Bulldozer einzudringen. Sie fanden, immer nach der offiziellen Version, im zweiten Stock in einem Zimmer eingeschlossen 30 verbrannte Leichen vor. Die Senderisten hätten ihre eigenen Leute, die den Widerstand aufgeben wollten, bei lebendigem Leibe verbrannt. Die Polizei habe nur noch

den Brand löschen und die Überlebenden retten können, dabei seien vier Gefangene durch Schußwaffen umgekommen.

Nach den von Mitgliedern verschiedener Kommissionen gesammelten Zeugenaussagen hatte aber die Republikanische Garde das Gebäude im Sturmangriff genommen und dabei alle, die sich ihr entgegenstellten, mit Maschinengewehrsalven erschossen. Sie hätten die Strohmatratzen, die die Eingänge versperrten, in Brand gesteckt. Den Rest habe die Sprengung und der Bulldozer besorgt, und zum Schluß hätten sie die Leichen verbrannt, um Spuren zu verwischen.

### BILANZ EINER ZELLENINSPEKTION

Die Zahl der Opfer ist nach fast einer Woche noch nicht bekannt. Nur 13 konnten identifiziert werden. Zwischen 20 und 30 Personen werden vermißt. Die Familienangehörigen müssen selbst mühsam feststellen, wer noch am Leben, wer unter den Toten und wer verschwunden ist. Es wird vermutet, daß einige Gefangene abgesondert und unter Druck gesetzt wurden, damit sie gegen ihre Mitgefangenen aussagen. Den Angehörigen, Anwälten und der Presse wurde zunächst der Zutritt verweigert, die Mitglieder der Friedenskommission standen lange vor der verschlossenen Tür.

Vorgeführt wurden die sichergestellten Waffen und sonstigen Besitztümer der Senderisten, alles erstaunlicherweise weder angekohlt noch durch die Löschmaßnahmen in Mitleidenschaft gezogen: Pfeile und Bogen, handgefertigte Lanzen, Steinschleudern und einige primitive Flammenwerfer, Kerosin und viel Kultgegenstände wie Fahnen, Gemälde, Handpuppen. Das "gefährliche Arsenal" nahm sich lächerlich aus neben dem Vernichtungspotential, das die Ordnungskräfte zum Einsatz gebracht hatten.

### PROVOKATION GESUCHT

In nicht zu übertreffendem Zynismus versuchen die Verantwortlichen, ihre Version plausibel zu machen, indem sie behaupten, die Senderisten hätten ihre allbekannte Grausamkeit dieses Mal in einem Akt politischer Menschenfresserei gegen sich selbst gewendet. Sie streiten ab, daß ihr Bestehen auf der Inspektion, um dem Prinzip der Autorität um jedem Preis Geltung zu verschaffen, angesichts der Weigerung der Gefangenen eine Provokation mit vorhersehbaren katastrophalen Folgen sein mußte. Es bestand nämlich ein von der alten Regierung unterzeichnetes Abkommen, in dem auf die Durchführung solcher Razzien verzichtet wurde, damals zustande gekommen auf grund einer Geiselnahme. Dieses Papier wurde von den neuen Autoritäten ignoriert. Der Angriff wurde durchgeführt von einer Sondereinheit zur Terrorismusbekämpfung ("Llapan Atic"), nicht von dem normalen Bewachungspersonal. Die Zahl der be-

69

teiligten Polizisten (75) überschritt jedes sonst übliche Maß. Die Familienangehörigen der Opfer, die vier Tage lang vor der Morgue warteten, um ihre Toten in Empfang zu nehmen, wurden am 8.10. durch Tränengas, Wasserwerfer und Prügel vertrieben.

### REAKTIONEN

Parteien der Vereinigten Linken protestieren gegen die staatliche Barbarei. Im Lokal der Lehrergewerkschaft SUTEP (einige der Toten waren Lehrer bzw. Studenten) wurde die Aufbahrung der Leichen vorbereitet; unter den dort ausgestellten Kondelenzschreiben befindet sich eines des legendären Sendero-Führers Abimael Guzmán.

Die brutale Antwort Senderos ließ nicht auf sich warten: Im Laufe des 7.10. wurden mehrere Anschläge, darunter auf sechs APRA-Lokale, verübt. Vier APRA-Anhänger kamen dabei ums Leben. Daß auch die Ultra-Rechte die Situation benützt haben könnte, Terror zu säen, wird nicht ausgeschlossen.

### "DIE ORDNUNG WIRD VERTEIDIGT ..." (GARCIA AM 8.10.)

Die Gewalt eskaliert weiter. Und sie regiert nicht nur die Auseinandersetzung Ordnungskräfte – bewaffnete Subversion, sondern auch, und das erstaunt nach all den schönen und starken Worten zugunsten der Ärmsten, bei der Räumung von brachliegendem Privatbesitz in Lima-Callao. Am 3. Oktober wurden 7000 Familien in einer Feldschlacht von der Zivilgarde vertrieben, wobei ein siebzehnjähriger Junge erschossen wurde. Viele Besetzer wurden schwer verletzt, ihre armseligen Besitztümer zerstört und verbrannt.

Eine angekündigte Gesetzesvorlage zur Enteignung ungenutzten Bodens ist ein Trostpflaster, jetzt, wo es schon zu spät ist. Und immer wieder das neue Motto, das bedenklich stimmt: "Die Ordnung wird verteidigt, koste es, was es wolle".

Aufmerksam gemacht werden muß in diesem Zusammenhang auch auf das Manöver "Fuerzas Unidas 85", das die peruanische und nordamerikanische Luftwaffe im August im Urwaldgebiet durchführte und das hier fast geheim blieb. Weitere derartige Manöver der Marine und des Heeres beider Länder sind geplant. Es werden "Angriffsaktionen im nicht traditionellen Krieg" geprobt, und da in Peru noch kaum jemand die Gefährlichkeit solcher US-Teilnahme zu bemerken scheint, ist mit Widerstand vorerst nicht zu rechnen. So bekommen die USA den Fuß zwischen die Tür.

Wie sich die APRA im makabren Wechselspiel von sozialen Maßnahmen und brutaler Repression an der Macht wird halten können, werden die nächsten Monate zeigen. Viele jubeln noch, aber einige sind geschockt. Daß sich ein ungerechtes System nicht in zwei Monaten umkrempeln läßt, ist klar. Aber alle Schuld an unpopulären Maßnahmen der vorherigen Regierung in die Schuhe zu schieben, so wie es jetzt geschieht, ist eine nicht akzeptable Entlastung. Die eigene Verantwortung begann am 28. Juli, und alles, was seitdem an Verbrechen gegen die Menschenrechte begangen wurde, geht zu Lasten dieser neuen Regierung. Ihre Unschuld hat sie verloren. Die Flitterwochen der Balkonauftritte sind vorbei. Die Ultra-Rechte schläft nicht und sucht, genauso wie auf der anderen Seite Sendero, die Zuspitzung der Lage. Der Vereinigten Linken in der Opposition fällt jetzt eine wichtige Aufklärungs- und Verteidigungsfunktion zu, zu deren Ausübung sie hoffentlich in der Lage sein wird.



Senderisten im Gefängnis Lurigancho

# **MEXIKO**

### **Erdbeben**

Das Erdbeben in Mexiko war ein Naturereignis, wie wir es in vielen Regionen dieser Erde kennen. Allein in diesem Jahrhundert gab es in Mexiko mehrere größere Beben, 1911, 1937, 1957, 1973 und zwei kleinere Anfang der achtziger Jahre.

Die jüngsten Meldungen über Erdbeben in Tokio und in der Sowjetrepublik Tadschikistan liegen erst wenige Tage zurück. Die entsprechenden Erdbebenregionen sind heute sehr genau bekannt. Die Erfahrungen und Ereignisse der letzten hundert Jahre haben gezeigt, wie es tatsächlich zu Katastrophen kommt und man hat gelernt, wie man Katastrophen weitgehend vermeiden kann.

Bereits nach dem letzten größeren Erdbeben in Mexiko City 1957 wurden die Bauvorschriften entsprechend verschärft und an die kalifornischen Maßstäbe angepaßt. Mexiko besitzt heute mit die strengsten Bauvorschriften der Welt.

Wenn bei den Beben in Tokio die Wolkenkratzer einen oder zwei Meter weit schwingen, ohne einzustürzen, dann zeigt das die Fähigkeit, erdbebensicher zu bauen. Aber nicht nur japanische und nordamerikanische Architekten und Bauherren sind in der Lage erdbebensicher zu bauen, auch die Mexikaner beherrschen diese Sicherheitstechniken. Das zeigen die großen Glaspaläste und Wolkenkratzer am Paseo de la Reforma, die das Beben unbeschadet überstanden haben. Die Naturgewalten lassen sich zwar nicht ausschließen, aber man kann, wie die Erfahrung zeigt, Vorkehrungen treffen. Das Naturereignis wurde hier nur zum Auslöser einer Katastrophe, die von Menschen zu verantworten ist.

### GESCHICHTE VON MEXIKO CITY

Mexiko City zählt heute zu den größten Städten der Welt. Auf der Bevölkerungskonferenz im Oktober 1984 wurde offiziell das Erreichen der 18-Mio-Grenze festgestellt. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird die Bevölkerung dieser Stadt auf über 30 Millionen anwachsen.

Mexiko City, einst Verwaltungszentrum und heiliger Ort der Azteken, zählt zu den interessantesten Städten dieser Erde. Sie ist Zeuge vierer Epochen: Sie birgt archäologische Schätze aus der Zeit bevor der spanische Eroberer Hernan Cortes das Aztekenreich zerschlug; sie war glanzvoller Sitz des spanischen Vizekönigreichs mit barocken Palästen und Kathedralen,

großzügigen Boulevards und Herrenhäusern; sie zeugt noch vom Kunst- und Bauboom der frühen Jahre der mexikanischen Revolution. In dieser Stadt wurde 1553 die erste Universität auf amerikanischem Boden gegründet. Heute wird die Stadt von Stahlbeton-Wolkenkratzern überragt.

Das von Kanälen durchzogene Zentrum des Aztekenreichs hatte schon im 15. Jahrhundert etwa 400.000 Einwohner - Tenochtitlan war das Herz einer der bedeutendsten Hochkulturen. 1521 verwüstete Cortez mit einer kleinen Schar die Azteken-Metropole. Auf den Trümmern und weit in den Texcoco-See hinein, der Tenochtitlan umgab, bauten die spanischen Eroberer ihre Metropole, von hier aus regierten sie ihr mittelamerikanisches Reich und den Pazifik bis hin nach Manila auf den Philippinen.

Auf dem Areal des Texcoco-Sees entstand das spanische Mexiko, das im Jahr der Unabhängigkeit (1821) schon wieder 300.000 Einwohner hatte. Zur Millionenstadt wurde die Metropole erst in diesem Jahrhundert. 1965 zählte man 3,2 Mio. Einwohner. 1980 waren es schon über 10 Mio. Der Ölboom, das Wirtschaftswunder ließ die Stadt aus allen Nähten platzen.

Das mexikanische Ölwunder und die Art und Weise wie damit umgegangen wurde bildete das Vorspiel für die nachfolgenden Katastrophen. Die mexikanische Verschuldungskrise, die im August 1982 die Welt an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs brachte, die Gasexplosion im letzten Jahr, die mehr als 600 Menschenleben forderte und die katastrophale Entwicklung der Stadt Mexiko reihen sich in diese Entwicklung ein.

Wie in Mexiko die Verschuldung zum Alltag geworden ist, so scheint auch die Katastrophe zum Bestimmenden dieser Stadt zu werden. Die Stadt erstickt im Smog und im chaotischen Verkehr (3 Mio, Autos), den auch die U-Bahn mit ihrem 2-Minuten-Takt nicht bewältigen kann. Über eine halbe Million Menschen ziehen jährlich neu in diese Stadt. Alle auf der Suche nach Arbeitsplätzen. Das schiere physische Gewicht der Stadt drückt derart auf den Untergrund, alten Seeboden, daß das Terrain jährlich um elf Zentimeter sinkt. Tag für Tag saugt die Metropole 570 Mio. Liter Wasser aus dem Untergrund, der weiter schrumpft und instabil wird. Kein gutes Fundament für siebzigstöckige Häuser in einer Erdbebenzone.

### AUSMASS DER ZERSTÖRUNG

Auch wenn das Ausmaß des Erdbebens noch immer nicht voll abzusehen ist, läßt die Liste der Zerstörung bereits einiges erkennen. Neben mehreren Ministerien und öffentlichen Einrichtungen (Marine- und Handelsministerium, Telefonzentrale, staatliches Fernsehen, Arbeitsamt, Zivilgerichtsverwaltung, für die Steuern Selbständiger) stürzten zwei der

größten Krankenhäuser ein, das Juarez Hospital und das Centro Medico y México General Hospital, einer der größten Krankenhauskomplexe in Lateinamerika. Des weiteren stürzten über 200 Schulen und Teile der größten Sozialsiedlung des ganzen Kontinents ein.

Offiziellen Angaben zufolge wurden mehr als 2.500 Gebäude zerstört und viele andere beschädigt. Das Beben, für das Werte auf der Richterskala von 7,5 - 7,8 angegeben wurden, hat nach offiziellen Verlautbarungen etwa 6.000 Menschenleben gefordert. Der US-Botschafter sprach dagegen von 20.000 bis 25.000 Toten. Diese letzte Zahl wurde auch vom Sohn des ehemaligen Rot-Kreuz-Präsidenten genannt. 30.000 Menschen wurden verletzt und noch immer werden über 1.000 vermißt. Die Zahl der Obdachlosen liegt bei 40.000.

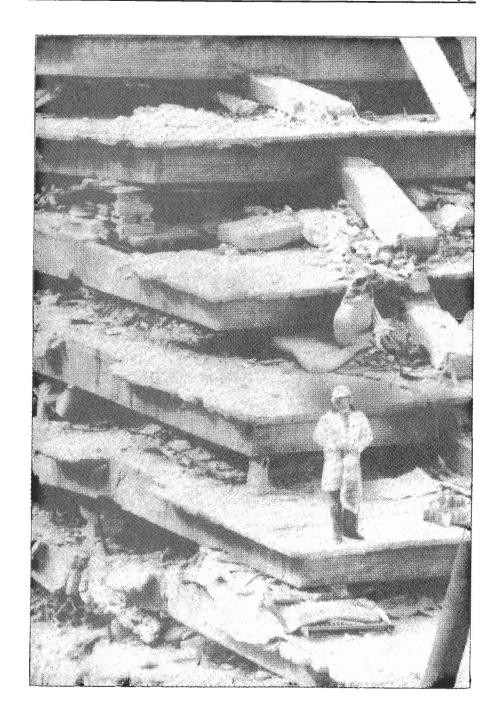
Beschwichtigend weist man von Regierungsseite darauf hin, daß das ganze noch viel schlimmer hätte ausgehen können. Das Juarez-Hospital, ein zwölfstöckiges Gebäude mit 800 bis 1.200 Patienten, Schwestern, Ärzten und sonstigem Personal begrub alle unter einem 20 Meter hohen Trümmerberg. Mindestens 1.200 Menschen starben allein als sechs Gebäude des Centro Medico zusammenbrachen. Die katastrophalsten Ausmaße erreichte das Beben in der Satellitenstadt Tlatelolco.

### **TLATELOLCO**

Die größte Sozialwohnungssiedlung Lateinamerikas besteht aus 102 Gebäuden, die alle zwischen vier und 22 Stockwerken hoch sind. Sie war angelegt für 70.000 Menschen. Gelebt haben hier aber bis zur Katastrophe über 100.000. Kaum eines der Häuser dort ist unversehrt geblieben. 24 der beschädigten Häuser wurden sofort evakuiert und für 12 ist bereits festgestellt, daß sie irreparabel sind. Zwei Flügel des Gebäudekomplexes Nuevo Leon hatten mit ihren jeweils 13 Stockwerken 196 Apartments. Heute ist davon nur noch ein 30 Meter hohes Grab aus Beton und Eisen übrig.

Die Ruinen der Azteken, die Gebäude der Spanier und auch die privaten Bauten haben das Beben weitgehend unbeschadet überstanden. Zusammengebrochen sind nahezu ausschließlich öffentliche Bauten, die offiziell nach den gleichen Bauvorschriften wie die privaten Bauten errichtet worden sind.

Seit sechs Jahren führen die Bewohner des Hauses Nuevo Leon Klagen gegen die BANOBRA, die die Mieten einzieht, gegen die für die Bauten zuständige Gesellschaft FONAPO, gegen das Ministerium für Öffentliche Angelegenheiten und gegen zwei weitere Gesellschaften (AISA und BILOTE SA.) wegen der katastrophalen Bausubstanz und der Einsturzgefahr. 1981 und 1982 waren die Bewohner des Hauses Nuevo Leon nach leichten Erdstößen schon zweimal evakuiert worden, das Haus sollte neu



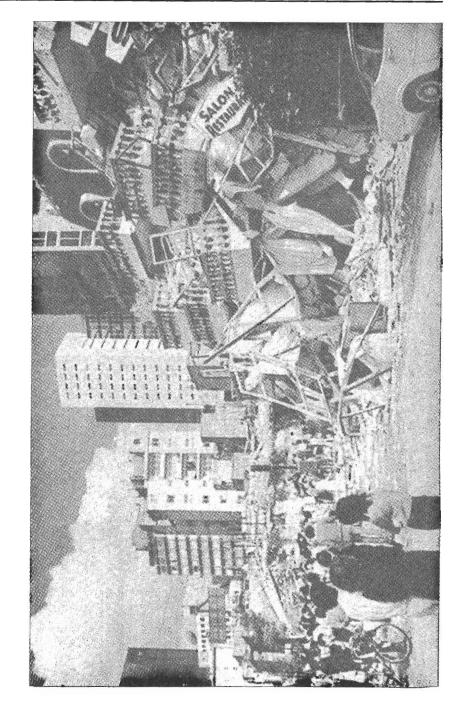
instandgesetzt werden. Die Struktur des Hauses war durch ein Beben 1979 erheblich beschädigt worden. Damals hatte sich das Gebäude um einen Meter abgesenkt und stand seither genau 1,17 Meter schief. Es wurden damals zwar geringfügige Arbeiten vorgenommen, dabei wurde aber lediglich die Oberfläche vom Dach bis zum Erdgeschoß überholt. Die Fundamente seien in Ordnung, hatten die Verantwortlichen damals erklärt. Die betroffenen Überlebenden sprechen heute von Raub, Betrug und Mord durch Unterlassung.

Eine Initiative der Bewohner des Hauses, in dem 192 Familien wohnten – nicht dazugerechnet die im obersten Stock liegenden Dienstmädchenzimmer, in denen oft auch noch Familien wohnten –, erklärte, daß es kein Zufall war, daß dieses Gebäude einstürzte.

"Wir haben seit sechs Jahren bei den Verantwortlichen darauf hingewiesen, daß dieses Haus lebensgefährlich ist. Wir haben geklagt. Ich als Frau bin mit Gewalt zum Direktor vorgedrungen. Sie haben uns gesagt, daß sie kein Geld haben, um die Häuser zu reparieren; sie hätten nur Geld, um neue zu bauen. Ich möchte, daß den Menschen in Mexiko und in aller Welt bewußt wird, daß man das Leben von vielen Menschen nicht einfach aufs Spiel setzen darf, indem man so schlecht baut."

In den letzten Jahren hatte die staatliche Wohnungsbaugesellschaft die Apartments zum Kauf angeboten. Gar mancher hatte zugegriffen. Heute werden ihnen lächerliche Entschädigungssummen angeboten. Da in Mexiko alle sechs Jahre, nach jedem Regierungswechsel, die Ministerien neu strukturiert und besetzt, teilweise auch aufgelöst und neu eingerichtet werden, haben es die Bewohner von Nuevo Leon schwer, die Verantwortlichen ausfindig zu machen.

Die Ratlosigkeit der Betroffenen schlägt nun in Empörung und politische Aktion um. Wieder sammeln sich die Menschen am Platz der drei Kulturen, wo bei den Studentenprotesten am 2. Oktober 1968 mehr als 300 Studenten von der Polizei niedergemetzelt wurden. Zehn- bis fünfzehntausend Menschen zogen in den letzten Tagen von hier zum Denkmal der Unabhängigkeit. Zu den politischen Gruppierungen, die hier präsent waren, gesellen sich Nachbarschaftsorganisationen, die für die Erhaltung ihrer traditionellen Siedlungen kämpfen, vom Erdbeben betroffene, die Hilfe und Entschädigung fordern. Andere protestieren gegen Mietwucher und Bodenspekulation, gegen Betrug und Unterschlagung und fordern, daß die aus dem Ausland eingetroffene Hilfe in die Hände der Betroffenen fließt. In den Tagen der Katastrophe und in den Nächten, in denen die Menschen erlebten, was Nachbarschaft heißt, haben sie die Straßen wieder erobert. Eine Bewegung ist entstanden,



die die traditionelle Linke an den Rand der Lächerlichkeit gerückt hat. Teile des Volkes beginnen sich neu zu organisieren. Die Erinnerungen an das Beben in Nicaragua (1972) werden wach. Damals folgte dem Erdbeben ein politisches Beben. Viele haben in den Tagen nach dem Beben die Angst verloren. Ein diffuser Protest noch, der sich breit macht gegen Spekulation und Korruption, gegen die Zahlung der Auslandsschulden und die Fußballweltmeisterschaft 1986.

Pfusch am Bau und die Korruption waren schuld daran, daß die Bausubstanz der öffentlichen Gebäude in einem derart miserablen Zustand waren. Die Regierung hat eine Untersuchung angekündigt. In Mexiko aber weiß man, daß damit das Thema irgendwo in der Bürokratie versickert. In den Wohntürmen, die stehen geblieben sind, geht die Angst um: werden sie die nächsten sein, wenn ein neues Beben kommt?

### VERSCHÄRFUNG DER MEXIKANISCHEN KRISE

Viele in der Regierung haben sich auf Kosten des Staates und anderer bereichert. Sie haben die für die Bauten veranschlagten Gelder in ihre Taschen fließen lassen. Die Regierung, die für das Volk da sein sollte, hat sich auf Kosten des Volkes bereichert. Das Erdbeben hat wieder deutlich werden lassen, wie die Verhältnisse in Mexiko tatsächlich sind. Schon werden Stimmen laut, daß die Wortführer der neuen Bewegung unter Druck gesetzt werden. Und so wie im letzten Jahr einige der Anführer des Protestes gegen die Gaskatastrophe mundtot gemacht wurden, so müssen auch sie damit rechnen, daß die Regierung jede Opposition, sobald sie größere Gestalt annimmt, notfalls auch mit Gewalt unterdrücken wird. 1968 standen die olympischen Sommerspiele kurz bevor. Das war Grund genug für die Regierung, die Studentenproteste gewaltsam niederzuschlagen.

Die Regierung setzt alle Mittel ein, um die Katastrophe zu verdrängen. Die Zahl der Toten wurde stark verfälscht, die sofortigen Hilfsangebote aus dem Ausland wurden anfänglich abgelehnt. Für viele Menschen, deren Leben noch zu retten gewesen wäre, kam durch die verspätete Hilfe jede Rettung zu spät. Ausländische Helfer haben sich über die mangelhafte Organisation und Kooperationsbereitschaft seitens der Regierung beklagt. Karl Heinz Wolpert, ein westdeutscher Rettungsspezialist, erklärte, frustriert über die immer wieder aufgetretenen unverständlichen Verzögerungen bei der Rettungsarbeit: "Hier müssen Menschen sterben, die wir in Deutschland herausholen würden. In Situationen wie dieser zählt jede Minute, hier aber wurden viele vertan."

Die Regierung war weder auf eine derartige Katastrophe vorbereitet, noch war sie in der Lage, den Rettungseinsatz gut zu organisieren. Viele der sofort zur Bewachung und zum Schutz der Ruinen herbeigeholten Soldaten wurden bei Plünderungen erwischt. Die von den Menschen selbst organisierten Brigaden mußten immer wieder den staatlich eingesetzten Trupps Platz machen.

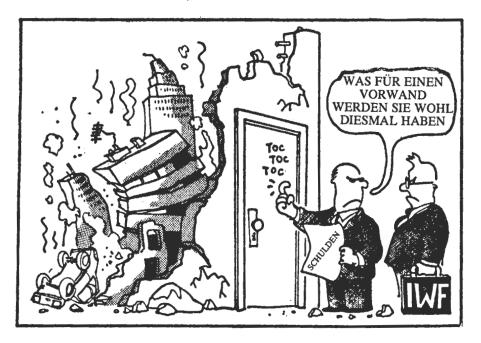
Adolfo Gilly, ein Kolumnist der linksgerichteten Wochenzeitung Proceso und anerkannter Historiker der mexikanischen Revolution, weist auf die Kluft zwischen den Herrschenden und der Bevölkerung hin, die durch das Erdbeben in vielfältiger Form wieder zum Ausdruck kam. Der breiten Solidarität der Bevölkerung stehen die desorganisierten Initiativen der Regierung gegenüber. Die Krise zwischen Regime und Volk hat eine weitere Stufe erreicht. Das heißt jedoch noch lange nicht, daß das System zusammenbricht. Es ist lediglich deutlich zu sehen, wie groß die Lücke ist.

Die Regierung de la Madrid hat keinen Bonus mehr: Der Präsident, der einst als Kämpfer gegen die Korruption angetreten war, hat gerade auf diesem Feld eine Niederlage erlitten.Die jetzt bereits seit drei Jahren anhaltende Sanierungs-, Inflationssenkungs- und Haushaltskürzungspolitik scheint ebenfalls das Ende der Fahnenstange erreicht zu haben. Die Politik der Staats- und Schuldensanierung hat ihre Grenze erreicht. Der Präsident kann innenpolitisch die Schraube nicht mehr stärker anziehen. Aber auch beim IWF scheint Mexiko nun endgültig seine Vorbildfunktion verspielt zu haben. Einen Tag vor dem Erdbeben hatte der IWF, aus Verärgerung über die Nicht-Einhaltung der IWF-Ziele, den Mexikanern kurzerhand einen 900 Mio. \$ Kredit gestrichen. Dieser Erlaß wurde zwar sofort nach dem Erdbeben wieder rückgängig gemacht; die nächsten drei Jahre werden für die Regierung de la Madrid aber in jeder Hinsicht schwer werden.

Während einerseits die Probleme des Landes eskalieren, scheint die Regierung immer weniger in der Lage zu sein, die Situation in den Griff zu bekommen. Die Landflucht und die Bevölkerungsexplosion, die massive Unterdrückung der Opposition sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite, die gnadenlose Ausbeutung der Rohstoffe des Landes (Holz und Öl), der schleichende Ausverkauf nationaler Industrien, die Unterdrückung nationaler Minderheiten und die mangelnde Solidarität mit den restlichen lateinamerikanischen Schuldnerländern haben Mexiko in eine schwierige Position gebracht. Wenn es der Regierung in den nächsten Jahren nicht gelingt, wenigstens einige der Probleme zu lösen, dann werden Katastrophen wie die von Tlatelolco, ähnlich wie die Schuldenkrise, zum Alltagsgeschäft werden.

Mexiko hätte sowohl die Substanz als auch die Kapazitäten für den erforderlichen Schritt nach vorn. An der Spitze aber fehlen der Wille und die Durchsetzungsbereitschaft für eine nationale Politik, die allen dient. Der Druck durch das Volk ist noch zu schwach, als daß er sie erzwingen könnte.

Quellen: Frankfurter Rundschau, uno mas uno, Jornada, Financial Times, Zweites Deutsches Fernsehen, Time, Newsweek, Süddeutsche Zeitung, International Herald Tribune, Novedades



# **ZEITSCHRIFTENSCHAU**

ila-info Nr. 90, Okt./Nov. 1985 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1 HUNGERPRODUZENTEN: Wo geschlachtet wird, da fallen Bäume – Hamburger zerstören nicht nur Eßgewohnheiten / Sojaanbau in Brasilien: Das Vieh der Reichen frißt das Brot der Armen / Ihr habt die Regierung – wir haben die Macht: Wie Bananenkonzerne mit Regierungen umspringen – das Beispiel Costa Rica / Einladung zur Hafenrundfahrt: Der Hamburger Hafen und der Hunger / Revolution heißt Mais und Bohnen: Nicaraquas Landwirtschaft /

BERICHTE UND HINTERGRÜNDE: Die Großgrundbesitzer 'brauchen' Sendero Luminoso-Interview mit dem peruanischen Bauernführer Carlos Taipe / Alán García - Hoffnung für Peru? / Chile: Breiteste oppositionelle Allianz seit 1973 u.v.m. MONIMBO - für das neue Nicaragua Nr. 10, Sept. 1985

Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach

Städtepartnerschaft Masaya Dietzenbach / Ausbildungswerkstatt Ionio Pflaum / Bei INCA braucht.man scharfe Zähne / Wasserprojekt / Eine Bibliothek für Masaya / Zweite Impfkampagne gegen Kinderlähmung / Gesundheitsposten Ionio Pflaum in El Portillo / Atlantikküste Wer entdeckt eigentlich wen?

### epd-Entwicklungspolitik 18/85

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17 Rolf Knieper: Unsittliche Schulden / Michael Wortmann: Deutsche Gewerkschaften und Dritte Welt u.v.m.

### epd-Entwicklungspolitik 19/85

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17 Gottfried Orth: Elemente einer westeuropäischen Befreiungstheologie / Al Imfeld: Afrikas Theologien. Ein Beitrag zu mehr Einsicht und Übersicht / Zur Instruktion einige Aspekte der Theologie der Befreiung (Beobachtungen von Kardinal Aloisio torscheider) u.v.m.

# Eingegangene Bücher

Lopéz-Stewart, Patricia/Gumberger, Elisabeth: Ich bringe das Salz. Chilenische Frauen berichten. Edition CON. Bremen 1985

Prince, Rod: Haiti. family business. Latin America Bureau. London 1985

Rudert, Rainer/Schichl, Klaus/Seeger, Stefan: Atomraketen als Entwicklungshilfe. Rüstungstechnologie aus der Bundesrepublik für Brasilien, Indien und Argentinien. Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung, Friedrich Ebert Str. 114, 4400 Münster, 1985

Martin, Peter: Das rebellische Eigentum. Vom Kampf der Afroamerikaner gegen ihre Versklavung. Junius. Hamburg, 1985

Ehrke, Evers, Meschkat et al.(Hrsg.): Lateinamerika. Analysen und Berichte Nr. 9. Vom Umgang mit Gewalt. Junius. Hamburg, 1985

Boff, Leonardo: Zeugen Gottes in der Welt. Ordensleben heute. Benziger. Zürich, Einsiedeln, Köln, 1985

Galette, Axel: Bilder aus der Kaffeernte. Ein Brigadist berichtet aus Nicaragua. Mittelamerika Heft 10. Magazin Verlag. Kiel, 1984

Godinez, Marisa / Rosenthal, Christine / Acevedo, Juan / Samanez, Carlos Tovar: Frauenblicke. Zeichnungen und Karikaturen von und über Frauen in Lateinamerika. AG SPAK Publikationen. München, 1985

Arenas, Reinaldo: Der Palast der blütenweißen Stinktiere. (Roman). Luchterhand. Darmstadt und Neuwied, 1977

### **Termine**

### SEMINARE DES AKE-BILDUNGSWERK

- ÖKOLOGIE UND HUNGER Montag, 4. 11. bis Freitag, 8. 11. 1985 Ort: Burg Sternberg, 4923 Extertal
- WAS SOLL DAS THEATER?
   Möglichkeiten der Theaterarbeit in der (entwicklungs-)politischen Bildung
   Freitag, 13. 12. bis Sonntag, 15. 12. 1985
   Ort: Jugendhof, 4973 Vlotho
- Erfahrungen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit am Beispiel des Schulsystems in Zimbabwe Freitag, 13. 12. bis Sonntag, 15. 12. 1985
   Ort: Haus Annaberg, 5300 Bonn
- Im Sommer 1986 organisiert der AKE eine "Studienreise nach Germanistan" (Themen u.a.: Dritte Welt bei uns, Faschismus, die Kultur der germanischen Bevölkerung).
  Ein erstes Vorbereitungstreffen ist im Dezember:
  Freitag, 6. 12. bis Sonntag, 8. 12. 1985
  Ort: Haus Teutoburg, 4800 Bielefeld

Anmeldung und nähere Informationen (auch über die Teilnehmergebühren) beim:
Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V. (AKE)
Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 05733 / 6800

### NEU IM VERTRIEB DER LATEINAMERIKA NACHRICHTEN:



# entwicklungserspektiven GhK Pebatte über Entwicklungsperspektiven steht steht

Die Debatte über Entwicklungsperspektiven steht überall auf der Tagesordnung. Einseitig an wirtschaftlichem Wachstum orientierte Vorstellungen haben verheerende materielle, soziale und psychische Auswirkungen in Lateinamerika, Afrika und Asien, aber auch in Europa und den USA.

Die Kritik an dem am Wirtschaftswachstum orientierten Konzept muß mit konkreten Entwicklungsperspektiven für eine humanitäre Entwicklung verbunden werden. Technokratische Politik zur Entwicklung reicht ebensowenig aus wie politische Utopien. Die Erarbeitung der Perspektive ist in Wirklichkeit ein umfassender Lernprozeß, der ein neues Verständnis von Politik und nicht zuletzt auch ein neues Rollenverständnis von Technikern und Sozialwissenschaftlern erfordert.

So geht es in dieser Reihe Entwicklungsperspektiven darum, emanzipatorische Prozesse im Produktions- und Reproduktionsbereich aufzuzeigen (bzw. Ursachen für ihre Verhinderung). In ihnen wird an die eigene Geschichte angeknüpft und die eigene Identität erneut gefunden. Die Analyse emanzipatorischer Erfahrungen in verschiedenen Bereichen (Gesundheit, Wohnungsbau, Bildung, Produktionsorganisation ...) können hier wie dort Schritte auf dem Weg der Lösung von Abhängigkeiten hin zur Selbstbestimmung klären helfen.

Entwicklungsperspektiven sind heute schwer zu erkennen, daher suchen wir

- Auswertungen von Erfahrungen in Entwicklungsprojekten
- Berichte aus der Erfahrung demokratischer Organisationen, seien es christliche Basisgruppen oder gewerkschaftliche bzw. nachbarschaftliche Bewegungen.
- Dokumente, mit Hilfe derer die Lernprozesse aus diesen Erfahrungen von Europa nach Lateinamerika und vice versa vermittelt werden können.

Lateinamerika - Dokumentationsstelle FB 6 Gesamthochschule Kassel Nora-Platiel-Str. 5 3500 Kassel

- EP 1) David Werner: Das Dorfgesundheitsprogramm: Gemeinschaftsfördernd oder -unterdrückend? 1982 38 S. DM 2,-
- EP 2) Clarita Müller-Plantenberg: Strategien gegenüber der Armut in Lateinamerika 1982 34 S. DM 2,-
- EP 3) Barbara **Scharnke:** Basisinitiativen und offizielle Planung zur Gesundheitsversorgung der Armen in den Städten

1982 66 S, DM 3,-

- EP 4) Osvaldo Bayer / André Gunder Frank / Edelberto Torres Rivas u.a.: Der Malvinen-Konflikt 1982 29 S. DM 2,-
- EP 5) Norbert Adrian: Die Beziehungen zwischen Bewegungen und Parteien in Lateinamerika 1982 16 S. DM 1,-
- EP 6) Carlos Echeverria u.a.: Beispiele von Gesundheitsarbeit in Peru, Brasilien und Nicaragua 1982 45 S. DM 2,-
- EP 7) Lateinamerikanische Konferenz über Transnationale Konzerne:
  Die Transnationalisierung und die Aufgabe der Kirchen
  1983 53 S. DM 3.-
- EP 8) Perspektiven einer sozioökonomischen Entwicklung Kolumbiens. Regionale Analyse und Aktion 1983 77 S. DM 3,-
- EP Dieter **Gawora:** Lateinamerika hier: Zur Entwicklung der in-9/10) ternationalen Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik 1984 141 S. DM 5.-
- EP 11) "Entwicklungs" strategie und Integrationsmord in Brasilien. Paulo Süss: Regionale Analyse und Aktion; Ulrich Hampicke: Der Wert der tropischen Wälder 1984 61 S. DM 3,-
- EP 12) Den Haag-Resolution: Eine alternative Politik für Zentralamerika und die Karibik. Resümee und Schlußfolgerungen eines vom ISS (Institute of Social Studies) in Den Haag organisierten work-shops im Juni 1983 1984 70 S. DM 4,-
- EP 13) Sabine Nitz: Die kollektive Gesundheitssicherung bei den Campa im peruanischen Amazonasgebiet 1984 85 S. DM 3,-
- EP 14) George Irvin: Nicaragua: Die Errichtung des Staates als Akkumulationszentrum 1984 30 S. DM 2,-
- EP Wolfgang Gabbert: Die Atlantikküste Nicaraguas fehlende 15/16) nationalstaatliche Integration, Erbe von Kolonialismus und Bereicherungsdiktatur 1985 180 S. DM 6,-
- EP 17) Clarita Müller-Plantenberg: Eigene Identität und gemeinsames Projekt – Zur Interessenvertretung gegen Wirtschaftspolitik, gesellschaftliche Atomisierung und Repression in Brasilien und Chile 1985 30 S. DM 2,-

#### SONDERDRUCK:

Klaus Schimpf/Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.): Christen und Revolution, Die Beziehung zwischen Staat und Kirche in den sozialistischen Ländern Afrikas und Lateinamerikas

1983 260 S. DM 6,-

### Bestellungen an LATEINAMERIKA NACHRICHTEN - Vertrieb Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Die Lieferung erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Bestellers. Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Berlin(West). Bei allen Bestellungen werden zusätzlich die anfallenden Portokosten berechnet. Bei Bestellungen mit einem Bestellwert unter DM 10,- wird außerdem eine Versandgebühr in Höhe von DM 1,- erhoben.

# **Vom Umgang mit Gewalt**

# Lateinamerika – Analysen und Berichte 9

Hrsg. Ehrke, Evers, Meschkat, Müller-Plantenberg, Wünderich, Dirmoser, Rediske

304 Seiten mit Abb., DM 24,80 · ISBN 3-88506-209-7

Aus dem Inhalt:

Beatriz Sarlo:

Argentinien nach der Diktatur:

Von der Schwierigkeit, sich zu erinnern

Dietmar Dirmoser:

Drogen und Politik: Kokainproduktion, Korruption und Macht in Bolivien

Maria Victoria Benevides/

Rosa Maria Fischer:

Alltagserfahrung und städtische Gewalt. Lynchen und Plündern in Brasilien

Leo Gabriel:

 $El \ Salvador - Eine \ Gesellschaft$ 

im Bürgerkrieg

Frank Niess:

Die ungleichen Nachbarn. Recht,

Ideologie und Gewalt in der Lateinamerikapolitik der USA

Juan Barolo:

Kultur und Gewalt im Hochland Perus: Die soziale Basis

des Sendero Luminoso

Manfred Kron:

Zwei Jahre Contadora

sowie 11 Länderberichte

Bd. 7: Ökologische Krise und Gegenwehr 288 Seiten, DM 24,80 · ISBN 3-88506-123-6

Bd. 8: Volkssouveränität und Staatsschuld 336 Seiten mit Photos, DM 24.80 · ISBN 3-88506-129-5

# **JUNIUS VERLAG**

Von-Hutten-Straße 18, 2 Hamburg 50, Tel. 040/89 25 99

